

Nicht vergessen! Wahl des Sommerloches 2001 (Bitte nur 1 Sommerloch ankreuzen! Das Ozonloch bleibt von der Teilnahme ausgeschlossen.)

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 5/2001

Gegen den Strom 2

BILDSTÖRUNG

Die Wut im Bauch – Surrealismus überall 4

Teil 2 – Das Unsichtbare ist die Wirklichkeit

VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

EINBILDUNG

'Education is the main priority, because there's too much poverty in our society' 7

GRUPPE MAÑANA

Bilde dir bloß nichts ein... 9

... Bruchstücke zum Bildungsanarchismus

VON GERHARD SCHEIT

TRUGBILD

Erwünschte Nebenwirkung 11

Zur Geschlechterpolitik der neoliberalen Hochschulreform

VON EVI GENETTI

Kosten-Wahrheit 13

VON GÜNTER HEFLER

BILD & TAT

Praxis, die: Tätigkeit, Ausübung, Erfahrung .. 16

Plädoyer für eine Beschreibung studentischer Praxis

VON EVA KRIVANEC

ÖH: ... und tschüss? 18

VON KARINA KORECKY

ZEIT IM BILD

Kritik der Universität 20

VON ULRICH ENDERWITZ

VORBILD

Vergessene Interkulturalität 22

Die Übersetzerschule von Toledo

VON MANFRED GMEINER

EBENBILD

Pierre Bourdieu: Gegenfeuer 2 23

GELESEN VON WOLFGANG SCHMID

TRÜBES BILD I

Sanktionen gegen Österreich und den Iraq .. 25

VON THOMAS SCHMIDINGER

TRÜBES BILD II

Never ending story II 27

VON STEPHAN GRIGAT

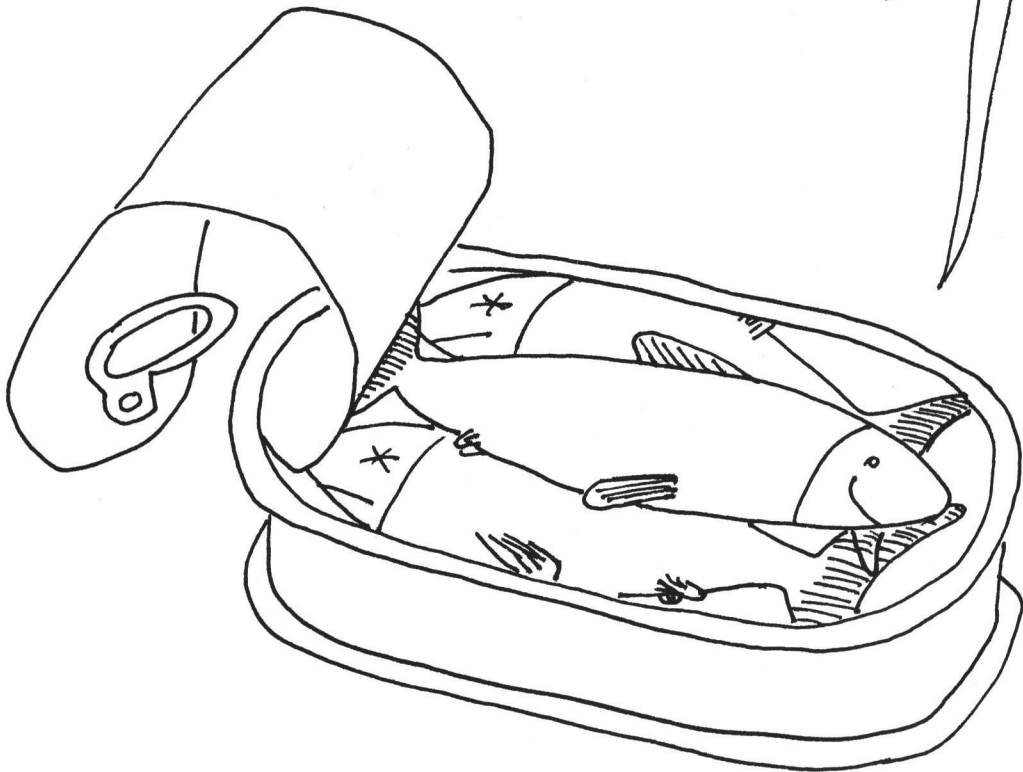
Impressum & Offenlegung 3

Pb.b. 01Z020245K
Verlagspostamt 1010 Wien

Envoi à taxe réduite
Taxe perçue

Bureau de poste
A-1150 Wien/Autriche

HEUT SCHWIMM' ICH MAL
GEGEN DEN STROM!



Liebe Leserin, lieber Leser!

Keine Context XXI-Ausgabe ohne atemberaubende Neuigkeiten. Denn auch koordinierende RedakteurInnen gehen manchmal und es kommen neue, manchmal ganz neue. Es stellt sich demnach hier und heute eine solche neue koordinierende Redakteurin, die Context XXI bis vor kurzer Zeit nur als interessierte Leserin beglücken konnte, vor – und mit ihr eine neue Nummer, die hoffentlich auf Interesse stoßen wird. Vielleicht fühlt sie sich auch ein wenig anders an, diese Nummer – doch der Versuch ein bisschen einzusparen sollte nur das Papier betreffen, nicht die Inhalte ...

Ein dicker Schwerpunkt zur Bildung in diversesten Facetten und aus unterschiedlichen Blickwinkeln soll – neben der Diskussion, die diese Texte untereinander führen – auch in die ohren- und sinnesbetäubende und – ganz nebenbei – Existenzen an den Abgrund trei-

bende Bulldozer-Bildungspolitik zumindest diskursiv – viel mehr bleibt uns nicht – eingreifen. Darüber hinaus führt uns Alexander Schürmann-Emanuely im zweiten Teil seiner Surrealismus-Reihe in die Welt der wirklich wirklichen Wirklichkeiten. Stephan Grigat stellt eine ausführliche Studie zum Antisemitismus in der österreichischen Linken von Margit Reiter vor und Thomas Schmidinger kann einem jüngst im Papy-Rossa Verlag erschienenen Sammelband zum Irak nur wenig Erfreuliches abgewinnen.

Die nun also ins Context XXI-Kollektiv – ganz ohne Initiationsriten – aufgenommene Redakteurin möchte sich noch ganz herzlich bei allen Redaktionsmitgliedern und bei ihren VorgängerInnen bedanken für die kompetente Einweisung, die Hilfe bei periodisch auftretenden Ratlosigkeit und den insgesamt überaus netten

Empfang. Die lange Erfahrung als ÖH-„Funktionärin“ mag auch noch helfen in Sachen Improvisation, Freude am Arbeiten in kleinen, verrauchten Büros und einer gewissen Langmütigkeit gegenüber streikenden Computern ...

Auch eine neue Mitherausgeberin von Context XXI soll begrüßt werden: die LICRA – die Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, deren in Wien ansässiger Teil sich vor einigen Monaten zusammengefunden hat – mehr dazu gibt's auf Seite 31.

Auf zwei Ereignisse der letzten Wochen und Sommermonate, die die Redaktion keineswegs kalt gelassen haben, aber beide einer eingehenderen und nicht kurzfristig hineingeschusterten Behandlung bedürfen, soll hier nur kurz und mit Empörung verwiesen werden: die Aktualisierung nationalstaatlicher Gewalt gegen politische

GegnerInnen in Genua und deren österreichische Wiederholung als Farce im Bezug auf die inhaftierten Mitglieder der VolkTheaterKarawane – diese wird im Rahmen eines Schwerpunkts zu Staatsgewalt in der nächsten Ausgabe von Context XXI (immer noch) Thema sein. Und: die reichlich an Mölzers Wochenblatt ZUR ZEIT ausgeschüttete Presseförderung – in Worten: achthunderttausend österreichische Schillinge. Zwei politische Lehrstücke, die uns zwar kaum noch in Erstaunen versetzen, aber deshalb umso mehr nach Gegen-Öffentlichkeiten verlangen. Deshalb ein – keineswegs neuer, aber verstärkter – Aufruf: lest Context XXI, abonniert Context XXI, hört Context XXI-Radio auf eurem Freien Radio und besucht unsere Website: <http://contextXXI.mediaweb.at> !

EVA KRIVANEC
SEPTEMBER 2001

P.S.: Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war bereits Anfang September!

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16

E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung, LICRA - Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus)

Redaktion: diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat, Heide Hammer (Radio), Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stefan Künz (Internet-Ausgabe), Stefanie Mayer, Markus Pinter, Karl Reitter, Thomas Schmidinger, Alexander Schürmann-Emanuely (geschäftsführender Redakteur), Jutta Sommerbauer (Internet-Herausgeberin), Markus Zingerle (Radio), Robert Zöchling (em. Redakteur), Mar-

kus Blümel (Radio) und Eva Hruby (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** : Ulrich Enderwitz, Evi Genetti, Gruppe Mañana, Günter Hefler, Gerhard Scheit, Wolfgang Schmid **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** m.zinner **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4

Offenlegung: Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten

Mitgliedschaft ARGE WDV: 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo Context XXI) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 15. Nov. 2001

Die Wut im Bauch – Surrealismus überall

Teil 2 – Das Unsichtbare ist die Wirklichkeit

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY

*„Die Welt verändern“,
hat Marx gesagt; „das
Leben ändern“, hat
Rimbaud gesagt:
Diese beiden
Losungen sind für uns
eine einzige.
André Breton, 1935.*

Die große Verweigerung

Metro - Boulot - Metro - Dodo - Metro - Boulot - ..., das heißt soviel wie U-Bahn, Arbeit, U-Bahn, Schlaf, U-Bahn, Arbeit, ... und reimt sich auch im Französischen, was natürlich das Sich-merken des Spruchs erleichtert. In Frankreich ist dieses Sprüchlein sehr geläufig, es umschreibt auch nichts anderes, als die Realität der kapitalistischen Produktionsweise und Sozialisationsform, die jede/r, nicht nur in Frankreich, kennt und die scheinbar ausweglos das Leben des Menschen bestimmt. Abgemüht im Käfig zur Zwangsabmüdung rasen, um danach müde zurück, nach Hause zu pendeln, um sich dort verdiensterweise etwas zu entmüden, darauf hin zu schlafen, wieder produktiv zu sein, am Fließband der Fließbänder. Prinzipiell hat jeder Mensch auf diese Art konditioniert zu sein und nichts Abnormales an dieser lebenslangen Schleife zu finden, die meist im schulreifen Alter anfängt und mit der Pensionierung aufhört (bezieht sich natürlich nur auf eine Minderheit von Menschen auf dieser Welt, da den meisten weder der Luxus einer Kindheit noch einer Greisenhaftigkeit gegönnt ist). Alles, was die Surrealisten entwarfen, erfanden, erträumten und lautstark in ihren kleinen Kreisen und manchmal auf größeren Fest-

en anschrieten, galt, diese Konditionierung, zunächst im kleinen und um einer Revolution Willen, schließlich im großen Stil, zu zerstören, galt, der großen Müdigkeit eine große Verweigerung entgegenzustellen.

Die Methoden, die große Verweigerung zu realisieren, basierten einerseits darauf, den Abstieg in sich selbst, in das, was in der Psychoanalyse als Unbewußtes definiert wird, zu vollziehen, andererseits die daraus gewonnenen neuen Realitäten, mit Hilfe der Kunst, zu vergegenwärtigen und zu materialisieren. Die Surrealisten bildeten die Avantgarde, die diese Methoden an sich auszuprobieren und zu gestalten hatte, damit alle, selbst die konditioniertesten Spießer, sie schließlich zu ihrer eigenen Befreiung übernehmen und anwenden würden können. Es galt, in die Mauer ein Loch zu schlagen, die das alltäglich Normale, das System, die Gesellschaft vor einer kritischen Aussicht Aufgewiegelter zu schützen hat. Ein kleines Loch würde genügen, um die Aussicht gewähren zu lassen, in das, was wirklich möglich ist, was Wirklichkeit ist, hinter- und oberhalb der Mauernrealität. Dieser Spalt sollte reichen, damit die Menschen schockiert sind und genug von ihrer Konditionierung, ihrem herkömmlichen Leben haben. Eine Revolution zur Befreiung des

Individuums würde beginnen, nicht jene der Gewehre und Barrikaden, sondern jene, die aus der Vermengung von Phantasie mit dem organisch Erfassbaren herauspringt. Die Methoden, welche die Surrealisten sich ausdachten, um den Abstieg in den Spalt zu schaffen, waren die kindhafte Bewunderung des Wunderbaren, die Verrücktheit, der Wahn, der Humor, der Traum, das Anwenden der Techniken des automatischen Schreibens, das Schöpfen „erlesener Leichname“ und das in die Welt setzen der daraus entstehenden surrealistischen Gegenstände, wilden Objekte, deren Form der Inhalt ist.

Die Bewunderung des Wunderbaren ist nichts anderes, als es wie ein Kind überall vorfinden zu können, in jeder Situation, in jedem Element des Alltags. Es sind die Phantasiebilder, welche außerhalb der Einsicht in sich selbst, außerhalb des Traums herumspuken, die Wahrnehmung unerklärlicher Erscheinungen, seien das nun Gruselgeschichten oder verrückte, vergeisterte Andere, die sich ihre Wege durch den Tag bahnen, wie André Bretons Nadja. Breton hatte Nadja, die aus dem gleichnamigen Buch schwirrt, nicht erfunden, sondern war ihr, samt den wundersamen Zufällen, die sie und ihre Begleitung begleiteten, was er alles minutiös beschreibt,

beim Flanieren begegnet. Diese Suche nach dem Wunderbaren scheint weniger mit Revolution zu tun zu haben, als mit den literarischen Überresten der Romantik, die am Kreuzweg der Bezauberung, des Schlafes und des Alkohols liegen. Romantik war in diesem Fall jedoch nicht nur die der Dichter wie Gérard de Nerval, sondern auch die Romantik E.T.A. Hoffmanns und Edgar Allan Poes, die schwarze Romantik der Geister- und Vampirgeschichten. Die Freude und Offenheit für das Ungewöhnliche, der Wille, die Kontrolle über die Vernunft durch das Ungewöhnliche zu verlieren, war ideal als Vorstufe zum nächsten Schritt: zum Wahnsinn.

Die Welt des sogenannten Geisteskranken ist die sichtbarste Gegenwelt zum zu bekämpfenden Alltag der bürgerlichen Gesellschaft, die natürlichste Utopie. Doch nicht nur das, sie bietet auch eine große Möglichkeit zur besseren Kenntnis seiner selbst, denn wie schon Freud wußte, wissen Verrückte mehr über innere Wirklichkeiten und können Unergründbares entdecken und aufzeigen. Zwei Zugänge zum Wahn wurden ins Auge gefaßt, denn es galt, diesen Zustand für sich in Anspruch zu nehmen, ihn dank seiner bewußtseinserweiternden Funktionen als Instrument zu verwenden. Der erste Zugang war die Nachstellung der Verrücktheit. Im simulierten Zustand des Wahns, im Rausch sollte eine Neuschaffung des Geisteszustandes erreicht werden. Dieser Zustand wurde sogar als neue Form der Poesie verstanden. Der zweite Zugang war die kritische Paranoia, welche Salvador Dali oft für sich in

Anspruch nahm und definierte. Sie sollte die Wirklichkeit dermaßen vom Imaginären abhängig machen, daß die daraus gewonnene neue Realität von keiner anderen in Frage gestellt werden kann. Die aus Verfolgungswahn, aus erfundener Beweisführung und aus Analyse entstehende, verwirrend klare Kritik an der Gesellschaft sollte helfen, endgültig die allgemeine Realität zu diskreditieren.

Im Wahn wurde eine hochentwickelte Verhaltensform erkannt, und alle Aktionen basierten auf dem Wunsch, sich einem Wahnsinn zu unterwerfen, ohne dabei bleibende Störungen zu bekommen, die den freien Willen beeinträchtigen könnten. Individuellen Wahn auf Wunsch statt kollektiven Wahn auf Befehl.

Der Zufluchtsort, der den freien Willen am effektivsten vor bleibenden Schäden des Eigenwahns, aber natürlich auch vor dem des kollektiven Wahns schützt, ist der Humor. Da der Humor alles in die Lächerlichkeit zieht, ist keine bleibende Identifikation möglich, sei es jene mit der eigenen Verrückung oder jene mit dem Trubel der Welt. Der Humor, der Akt des Lachens ist geistiger Ungehorsam, ist Weigerung, sich den gesellschaftlichen Vorurteilen zu beugen, ist Distanzierung und eine essentielle Vorstufe zur neuen Realität, zur sich immer erneuernden Realität des freien Individuums. Antonin Artaud sah im Humor den Weg zur Freilegung der instinktiven Kräfte des Menschen und entdeckte diese Freilegung in Filmen wie *Animal Crackers* von den Marx Brothers. Den Humor als „überlegene Revolte des Geistes“ zu sehen, wie es



André Breton formulierte, lag ganz in der Tradition des schwarzen Humors von Dada und der 'Pataphysik. Neben diesen bekannten Vorbildern gab es da auch Jacques Vaché, den Breton im Lazarett während des Ersten Weltkrieges kennen gelernt hatte. Dieser hatte den Humor, den „Umor“ zur inneren Desertion verwendet und Breton in langen Gesprächen gezeigt, welche Rache der Geist an der Materie, das Begehren an der Macht nehmen kann. Alles wird zum Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt.

Max Ernst: Der Elefant von Celebes. 1921

Im nächsten und letzten Teil dieser Serie wird erzählt, wie es dazu kam, daß André Breton Ilja Ehrenburg eine Ohrfeige verpaßte und was Herbert Marcuse von all dem und von der revolutionären Kraft der Liebe hielt. Auch wird dort Platz finden, was für diese Nummer angekündigt war und aus Platzmangel keinen Platz mehr gefunden hat: die Beschreibung des automatischen Schreibens und anderer kindhaft revolutionärer Tätigkeiten und Schlüssel auf der Suche nach dem Gold der Zeit.



Foto: Lisl Ponger,
Juli 2001

Ein gut zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe passender Brief der Surrealisten aus dem Jahr 1925:

BRIEF AN DIE REKTOREN DER EUROPÄISCHEN UNIVERSITÄTEN

Werter Herr Rektor,

in der engen Zisterne, die Sie „Denken“ nennen, verfaulen die Strahlen des Geistes wie Stroh.

Genug der Sprachspielereien, der syntaktischen Mätzchen, der Formulierungskunststückchen, jetzt muß das Große Gesetz des Herzens gefunden werden, das Gesetz, das nicht ein Gesetz, nicht ein Kerker ist, sondern ein Wegweiser für den in seinem eigenen Labyrinth verirrtten Geist. Weiter entfernt als alles, woran die Wissenschaft je wird rühren können, dort wo die Lichtkegel der Vernunft an den Wolken zerschellen, existiert dieses Labyrinth als zentraler Punkt, in dem alle Kräfte des Seins, die äußersten Aderungen des Geistes zusammenlaufen. In diesem Gewirr aus sich ständig bewegenden, immerfort versetzten Mauern, jenseits aller bekannten Denkformen, rührt sich unser Geist und lauscht auf seine geheimsten, spontansten Regungen, auf jene, die Offenbarungscharakter besitzen und von anderswoher zu stammen, vom Himmel gefallen zu sein scheinen.

Doch das Geschlecht der Propheten ist ausgestorben. Langsam erstarrt Europa zum Kristall, wird unter den Binden seiner Grenzen, seiner Fabriken, seiner Tribunale, seiner Universitäten allmählich zur Mumie. Der gefrorene Geist knirscht zwischen den mineralischen Buchdeckeln, die sich immer enger um ihn schließen. Schuld daran haben Ihre verschimmelten Systeme. Ihre Zwei-plus-zwei-gleich-vier-Logik, Schuld daran haben Sie, die Rektoren,

gefangen im Netz der Syllogismen. Sie produzieren Ingenieure, Juristen, Ärzte, denen die wahren Geheimnisse des Körpers, die kosmischen Gesetze des Seins verborgen bleiben, Scheingelehrte, die außerhalb des Irdischen blind sind, Philosophen, die sich anmaßen, den Geist noch einmal hervorzubringen. Der kleinste Akt spontaner Erfindung ist eine komplexere, offenbarungsträchtigere Welt als jede beliebige Metaphysik.

Lassen Sie uns doch in Ruhe, meine Herren, Sie sind ja nur Usurpatoren. Wer gibt Ihnen das Recht, das Denkvermögen zu kanalisieren, Geisteszeugnisse auszustellen?

Vom Geist verstehen Sie nichts, Sie haben keine Ahnung von seinen verborgensten und essentiellsten Verästelungen, von jenen fossilen Spuren, die unseren eigenen Quellen so nahe sind, von jenen Fährten, die wir bisweilen auf den dunkelsten Ablagerungen unserer Gehirne aufzuspüren vermögen.

Gerade im Namen Ihrer Logik sagen wir Ihnen: Das Leben stinkt, meine Herren. Sehen Sie sich doch einen Augenblick ins Gesicht, betrachten Sie Ihre Hervorbringungen. Durch das Sieb Ihrer Diplome preßt sich eine abgezehrte, verlorene Jugend. Sie sind die Plage einer Welt, meine Herren, und das geschieht dieser Welt nur recht, doch sie sollten sich etwas weniger an der Spitze der Menschheit wähnen.

(Becker, H. (Hg. und Übersetzer) *Es brennt! Politische Pamphlete der Surrealisten*. Hamburg, Edition Nautilus, 1998, zuerst erschienen in *La Révolution Surréaliste*, N°3, April 1925)

Education is the main priority, because there's too much poverty in our society

(A Train Express. Home Group 1999)

Der Satz ist wahr – Natürlich: und empirisch belegbar. Die Bildungsquote der Bevölkerung in Österreich steigt, ebenso der Wohlstand usw....¹ Die Universitäten waren offene (für den Zeitraum 1971/72 bis 2001), das Netzwerk sozialer Unterstützungen für Studierende war besser und wurde erst durch diverse Sparpakete und fehlende Investitionen in die Universitäten noch schlechter. Studentinnen sind in der jeweilig aktuellen Alterskohorte der StudienanfängerInnen seit einigen Jahren in der Mehrzahl².

Aber so haben es die Reporter in der Eingangszeile wohl nicht gemeint. Es stimmt, Bildung öffnet Aufstiegskapital, als auch Widerstandskapital, zumindest deren Möglichkeit.

Ein biographischer Exkurs Donna Haraways³ betont das Potential an Subversion, das nationalstaatlichen Ausbildungskalkülen entgegengesetzt wird. In der Situation des Kalten Krieges studiert eine „streng katholisch aufgewachsene“ Frau Zoologie, Literatur und Philosophie und widersetzt sich der vorgesehenen Position der Technokratin durch eine Vielfalt devianter Praxen: ihr sozialistisches, feministisches Engagement, ihre Gestaltung des Alltagslebens, ihre universitäre Karriere in der Verbindung getrennt gedachter epistemologischer Räume, die ebenso eindimensionaler feministischer Rezeption unzugänglich

bleibt. Solche Häufungen zeichnen selten populäre Erfolgsbiographien und selbst große Anstrengungen, diese glaubhaft unter stabilisierende Dissidenz in der Intention des kapitalistischen Systems zu ordnen, überzeugen nicht.

Die Erfolge der Bildungsexpansion in Österreich sind schlicht beeindruckend. Was für Schulen für den Zeitraum um 1920 (besonders für Wien) gilt, gilt für die Universitäten um die 60er Jahre.

Diese eben getätigte Stellungnahme ist insofern empörend, als sie ablenken kann von klaren Reproduktionsaspekten des österreichischen Bildungssystems (Klasse, Schicht, Standesstrukturen, **Patriarchat**⁴).

Die Analyse des diffusen Feldes der Bildung ist relevant, sie thematisiert Statusauseinandersetzungen, elitäre Segregationen und arbeitet an einer der vielen Bruchlinien gesellschaftlicher Dynamik.

Der Sektor Wissenschaft/Forschung/Bildung wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren jene Generation ausscheiden, die in der Expansionswelle der 70er beinahe in Karrierepositionen gedrängt wurde. Diese prägen das Milieu akademischen Wohlergehens, das neidische Blicke und Unverständnis provoziert; nun ergänzen Kritik an Geschlossenheit und langweiliger Reproduktion in der Lehre oder schlicht fehlende Aktivität im Bereich der

Forschung und Leistungsstreben einander.

Ob gerade die gegenwärtige Generation junger AkademikerInnen Plätze zu besetzen beginnt und dabei nicht auf dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Wohlstandsmehrung basiert? In der verbleibenden Zeit werden sie Teil jener umher-schweifender ProduzentInnen, die Antonio Negri⁵ und andere - in den spezifischen Kämpfen der italienischen Linken gewachsene TheoretikerInnen - beschreiben und stark zu machen versuchen. Das Schielen auf bestehende oder zu konstituierende Netzwerke - und im Ideal das subversive Potential ihrer AkteurInnen - verführt nur jene,

GRUPPE MAÑANA

www.goldfisch.at/manana

Foto: Lisl Ponger, Juli 2001



die von vorgesehenen Plätzen abstrahieren können; vielfach durch den Einsatz übermäßiger Kapitalien. Der soziale Aufstieg will mit seinen - vor allem zeitintensiven - Einstiegshürden kalkuliert und verdient sein. Maßnahmen, die einer Straffung und konsequenterweise einer Verkürzung der Bildungsphase dienen, wirken - wie die autoritäre Volksschullehrerin und Ministerin gerne betont - disziplinierend, die Besetzung der Hierarchieebenen darf durch ökonomische Anfor-

derungen erhöhter Qualifikation nicht beeinträchtigt werden.

Der Elitedeanke ist aus konservativen Konvoluten hinreichend bekannt, doch die Begeisterung, der anhaltende Siegestaumel bleibt in seinen Versuchen, alte Distinktionen als neue Modelle zu stabilisieren, überraschend und doch lächerlich. Der Spott resultiert aus jener Ironie, die ihre rhetorischen und politischen Stärken nützt und den absurden Versuchen konservativen Denkens, das

nie Intellektualität erfüllen kann, trotzt. Sie verharren in ihren Traditionen, der Pädagogik des Rohrstabes oder des delirierenden Männerbündischen mit oder ohne Fahnen und Wichs. Doch diese oberflächliche Unterscheidung - diese konkrete Bruchlinie im Männerbündischen - treibt manchen Ingenieur verbissen voran und ist zugleich Funktion national verfasster Bildungssysteme. Maturanten - häufig Söhne bildungsferner Schichten - wird im Zuge der Expansion

gerechtere, widerständige und selbstbestimmte Gesellschaft.

Wissen ist Macht: Bildung alleine beseitigt die Armut?

Das stimmt. Wissen ist Macht, aber Wissen beseitigt nicht selbstverständlich die Armut. Wissen ist das Wissen der Macht, es ist auch die Unterdrückung, die Dienerschaft, das Erlernen verlorener Perspektiven, Schuldbewusstsein und so weiter. Unglücklicherweise ist uns die Argumentationsstütze „Wahrheit“ - die

in diesem Zusammenhang sehr hilfreich ist⁶ - in der Feststellung der Regimehaftigkeit von Wahrheit (Foucault) verloren gegangen. Wahrheit (Wahrheitsregime) sind die herrschaftlichen Prozeduren „wahr“ und „falsch“ konkret zu scheiden. Die Wahrheit, das Wissen sind Teil des gesellschaftlichen

Zusammenhanges, der gesellschaftlichen Verhältnisse. Und so können die Wissenschaft und das Wissen als unhinterfragte Methodiken (Die Orthodoxie der empirischen Fundierung - Basissätze o.ä. oder ebenso der wissenschaftliche Marxismus) nicht einfach so zu Gerechtigkeit⁷ führen.

Um die Philosophie der vorliegenden Sätze wieder hinter uns zu lassen. Wissen ist sozial spezifisch, schichtspezifisch: Was als wissenswert gilt, unterscheidet sich schichtspezifisch und ebenso geschlechtsspezifisch stark. Ebenso unterscheidet sich das Prestige verschiedener Wissensarten schichtspezifisch - d.h. konkreter: manch Arbeiterkind möchte lieber Fussballer werden und manch Juristensohn muss Jus studieren.



des sekundären Ausbildungsbereichs suggeriert, den sozialen Aufstieg in wenigen Schuljahren geschafft zu haben. Sie besetzen entsprechend den geltenden Anforderungen eine Stufe über dem vormaligen proletarischen Idealtypus des Facharbeiters und werden in ihrer Planungs- oder Kontrollfunktion und gehobenem Lebensverdienst in ihrer Männlichkeit, versehen mit dem historisch-bröckelnden aber nach wie vor wirksamen Attribut der Halbbildung, bestätigt.

Emanzipatorische Bildung (mit Bildung als Leerstelle - d.h. ohne bürgerliches Bildungs- und Selbstfindungsgeschwätz - obwohl auch gegen dieses manchmal so leicht nichts einzuwenden ist) ist eine Waffe im Kampf um eine

- 1 Bildung ist nach wie vor einer der zentralen Faktoren des Staterwerbes und Klassenerhaltes einer Gesellschaft. Nur ist sie eben eng gekoppelt an Klassenherkunft und Geschlecht. Vgl. Walter Müller, Hildegard Brauns, Yossi Shavit und Susanne Steinmann, *Bildungserträge im Systemvergleich*, Vortrag auf der Sektionssitzung der DGS/ÖGS auf dem Kongress für Soziologie 1998 /Freiburg.
- 2 besonders in den kultur- und geisteswissenschaftlichen Fächern
- 3 Donna Haraway: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt/New York: Campus 1995.
- 4 Qualifikation ist eine männliche Kategorie - z.B. kaum Uni-ProfessorInnen in Österreich (vgl. Anna Schulte, Putzen, Tippsen und Tarife. *Unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung der Qualifikation und des Fachwissens von Frauen und Männern*, in: *Argument* 236, 3 / 2000, S. 413-423).
- 5 Antonio Negri, Maurizio Lazzarato, Paolo Virno: *Umberschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin: ID Verlag 1998.
- 6 Herzhaft könnten wir ansonsten uns auf die Wahrheit beziehen und ihre Erlösungskraft preisen.
- 7 Wobei Gerechtigkeit wohl ebenso recht wenig sagt, weil es Auseinandersetzung darüber, was gerecht ist, immer gegeben hat. Frau BM Gehrler findet es z.B. gerecht, Faulenzer und Trittbrettfahrer an der Universität über Gebühren zu „lenken“ oder treffender formuliert, zu disziplinieren. Nur wer Geld hat, hat Zeit.
- 8 Vgl. Paul Willis Studie über Arbeiterkultur in Schulen und Staterhalt als Subalterne (vgl. Paul Willis, *Spas am Widerstand Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Frankfurt (Syndikat) 1977).
- 9 Antonio Gramsci fordert in diesem Kontext emanzipatorische Praxis gegen herrschende Leistungsanforderungen und herrschenden Sinn (vgl. ebenso Gilles Deleuze, *Logik des Sinns*, Frankfurt 1993) und auch Maos Konzept der Kulturrevolution ist unter diesem Aspekt nicht so ganz einfach mit einem „Pfui Teufel“ zu belegen.
- 10 entsprechend dem Althusserischen Modell der Anrufung als Subjekte im herrschaftlichen Zusammenhang

Dies hat mit der kulturellen Grammatik verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen zu tun. Nicht umsonst sprechen die Rapper der Eingangszeilen von „Streetknowledge“⁸, das es zu erlernen gilt. Objektive Leistungsanforderungen – die meist spektakulär unverhohlen elitär und unreflektiert vorgetragen werden – bevorzugen mittelschicht- und oberschichtrelevantes Wissen⁹.

Die Forderung, die diverse ministerial mit Bildungsagen- den betraute Personen in Ö zur Zeit so gerne in den Mund nehmen, nach „lebenslangem Lernen“ und „lebenslangere Qualifikation“ ver- kommt sehr schnell zu einem lebenslangen Zwangskorsett notwendiger Anpassung an fremdbestimmte Erfordernisse und individualisierter Ver- antwortung.

· Denn wer was kann, der wird's schon zu was bringen,

sagen die Adeligen, Großin- dustriellen und schlagenden Burschenschafter der öster- reichischen Bundesregierung und deren Umfeld.

Die Eigenart dieser akade- mischen Verbindungen liegt nicht in der vermeintlichen Überlegenheit, erworben durch Initiation, Imitation und Anpassungsfähigkeit. Ihr beachtliches Prinzip beruht auf der Übereinkunft, dass auch der Dummste aus ihren Reihen versorgt wird. Sie ge- ben stets an ihresgleichen wei- ter, weshalb Ehre und Treue als Tugenden gefeiert werden.

Können, Leistung und auch Qualifikation sind ge- sellschafts- und herrschafts- spezifisch, und eben patriar- chal.

Wissen weiß auch die Machtverhältnisse. Und so zeigen die Herrschaftsempiri- ker eben auch gerne, dass Ar- mut und Dummheit zusam- menhängen. Nur eben in völ-

liger Verkennung der Tasche, dass verschiedene Kapitalien das Bildungsverhalten, die Bildungschancen usw. beein- flussen.

Wie gerne sich Gehr- und KonsortInnen darüber beklagen, dass diese faulen StudentInnen nicht schneller studieren! Viele halt, weil sie arbeiten müssen – und mit Studiengebühren noch mehr arbeiten werden müssen.

Reichtum als Bildungskri- terium und Leistungskriteri- um. Wer sich's leisten kann, wird was.

- Bildung ist ein Instru- ment der autoritären, poli- tischen und gesellschaftli- chen Führung, sie dient ih- rer Macht und ihrem Ex- pansionstreben -

Das Kriterium der Selektion wird wesentlich in den Schoß der Familie gelegt. Wenn alle gesellschaftlichen

Ebenen mit identifizierten Mitgliedern der Volksge- meinschaft besetzt werden sollen, dann muss in der Folge der primäre und sekundäre Bildungsbereich seine Sub- jektivierungsfunktion¹⁰ wahr- nehmen und die Welt der Farben und Symbole der bür- gerlichen Revolution, für vie- le aber Raum und Zeit selbst- bestimmten Lernens und Ar- beitens, entrücken. Eine aus- reichende Anzahl williger DienstleisterInnen wird her- angezogen, illegalisierte Mi- grantInnen bleiben Gegen- stand der politischen Rede, Bedrohungsszenario und funktionalisierte Masse. Das perfide Spiel wird prolongiert bis das Terrain der Ausein- andersetzung auf jene Topogra- phien ausgedehnt wird, die sich jenseits konservativer He- gemonie situieren. Die Pro- blematik liegt in der Aner- kennung der Ausweitung der Kampfzonen.

Bilde dir bloß nichts ein ...

Bruchstücke zum Bildungsanarchismus

Theologie und Atheis- mus. Am Beginn meines Studiums gab es für mich gute und schlechte Fächer. Theologie war ein schlechtes, ja sogar der Inbegriff eines sinnlosen Studiums. Soziolo- gie hingegen galt als ein gut- es, unentbehrliches, Voraus- setzung aller Erkenntnis. Die Art und Weise, wie man je- doch in der Soziologie ver- fuhr, belehrte rasch eines Bes- seren: schließlich verhielt man sich hier zu den ab- strakten Gesetzen und den empirischen Fakten nicht viel anders als in der Theologie

zu Gott und den Sündern. Am Ende stand die Erkennt- nis: jedes Fach wäre so zu studieren, wie ein Atheist Theologie studiert. Er muß dabei allerdings selbst erken- nen, daß er die Theologie braucht, um seinen Atheis- mus zu durchschauen.

Sich bilden und gebildet sein. „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündig- keit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Lei- tung eines anderen zu bedie-

nen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich sei- ner ohne Leitung eines an- deren zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich dei- nes eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahl- spruch der Aufklärung.“ Wenn der Aufgeklärte, wie Kant hier schreibt, aus der Unmündigkeit hinausgeht – wo geht er dann hin? Anders gefragt: Ob und unter wel- chen Bedingungen kann es

VON GERHARD SCHEIT *

***) Gerhard Scheit ist freier Autor und lebt in Wien. Demnächst erscheint bei Ça ira, Freiburg, sein Buch „Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volks- wohlstand.“**

die Mündigkeit überhaupt geben, die hier als Zielpunkt von Bildung visiert wird? Wenn Mündigkeit darin besteht, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen ohne Leitung eines anderen, so war es Kant selbst, der festgehalten hat, daß der Verstand und seine mündige Bedienung gewissermaßen ‚einen anderen‘ zur Voraussetzung haben – etwas, das automatisch leitet, sobald einer denkt: das sogenannte Transzendentalsubjekt. Die Selbsttätigkeit besteht also streng genommen darin, sich als nur zum Schein selbsttätig zu erkennen; die Mündigkeit darin, der Unmündigkeit sich bewußt zu werden. Es bedurfte allerdings des Hegelschen Geistes und der Marxschen Wertformanalyse, um in jenem Subjekt das Kapitalverhältnis zu erkennen: es vermittelt den Menschen den Schein von Selbsttätigkeit nur dann, wenn sie sich mit ihm identifizieren; sie werden Subjekte, wenn sie selbst sich an die Stelle des wirklichen, des „automatischen Subjekts“ (Marx) phantasieren. Mit Recht sagen sie von sich, sie seien gebildet. Ausgang aus solcher Unmündigkeit führt zu der Erkenntnis, daß selbsttätig sich zu bilden unter diesen Bedingungen gar nicht möglich ist.

Kapital- und Staatsbildung.

Das Kapital, so scheint es, braucht bloß Techniker und Technokraten. Es kann auf die Bildungsbürger gut und gerne verzichten; oder besser: es steht den Inhalten der Bildung so gleichgültig gegenüber wie den Gebrauchswerten. Es benötigt sie nur, um von ihnen zu abstrahieren. Anders der Staat. Er muß nicht nur für die Einheit

des Ganzen sorgen und vereinigt darum Bildungsbürger und Technokraten unter einem Dach, der Universität. Er hat auch immer ein besonderes Interesse an Bildung: deren Inhalte dienen ihm zur Selbstdarstellung. Er kann sich mit ihrer Hilfe als Hort der Freiheit und der Gleichheit oder als Bastion der Tradition und der Werte oder als Vorkämpfer der Rasse und der Ungleichheit inszenieren. Der Staat braucht Bilder des Lebendigen, um die Abstraktion von allem Lebendigen, die abzusichern ihm aufgetragen ist, zu verdecken. So müssen die Geisteswissenschaften, die solche Bilder hervorbringen, nicht um ihre Existenz bangen – und erleben ja auch in Gestalt der Cultural Studies nicht zufällig eine regelrechte Renaissance. Ihre finanziellen Mittel verkleinern sich allerdings in Relation zu den Naturwissenschaften, da doch der Staat schlanker werden muß und mit kleineren Bildern auch auskommen kann, soweit seine Bürger den Staat darzustellen sich selber motiviert fühlen – jeder für sich allein ein kleiner Selbstdarsteller des Zwangszusammenhangs. Da ist kein einheimischer Rassist, der sich nicht auf die Kultur beruft, die er insgeheim verachtet, wenn er seinen Rassismus legitimiert. Solches rassistisches Bildungsbürgertum ist eben nach wie vor die Art und Weise, wie sich höhere Produktivität artikuliert. Es dient dazu, der kapitalistischen Produktivität, die per se keinen Inhalt hat, einen Inhalt zu geben.

Bildungsbürgertum und Bildungsanarchismus.

Woran liegt es, daß jede Rede über Bildung sofort einen

bildungsbürgerlichen Charakter bekommt? Vielleicht daran, daß man in der bürgerlichen Gesellschaft immer nur entweder Bildungsbürger oder Technokrat sein kann. Ein Bildungsbürger ist jemand, der alle möglichen Inhalte parat hat, sich aber über die Form keine Gedanken macht, in der diese Inhalte vermittelt sind. Für ihn wird darum alles, was irgendwie als Bildungsstoff anerkannt ist, zum Gegenstand seiner Wißbegierde und zum Ausdruck seines Imponiergehabs – im Unterschied zum Technokraten, dem die Inhalte egal sind, der überhaupt nur die Form bedient, ja dem die Form der einzige Inhalt ist. Bildungsanarchismus aber wäre, sich der Form bewußt werden als verselbständigter Abstraktion, die alles vermittelt, und zugleich sich weigern, das Inhaltliche und Konkrete – dieses mit der Form nicht Identische, das nicht negiert werden darf, soll die Identität, die alles beherrscht, zum Gegenstand der Kritik werden – seinerseits als Positives und Wahres zu verklären. Bildungsanarchismus wäre, nicht einfach vom Tisch wischen, was etwa im Wissenschaftsbetrieb an Inhalten geboten wird, um achselzuckend auf dessen Gleichgültigkeit gegenüber dem Wertgesetz hinzuweisen, sondern die erzwungene Einheit von Identität und Nichtidentität, die Einheit des Wertgesetzes mit dem, was es voraussetzt, an jedem einzelnen Gegenstand sichtbar machen. Eine Sisyphos-Arbeit. Daß der Staat an ihr keine Freude hat, diese Erfahrung läßt sich an der Universität auf Schritt und Tritt machen – als eine Art Gegenprobe der Wahrheit.

Erwünschte Nebenwirkung

Zur Geschlechterpolitik der neoliberalen Hochschulreform

Eine erste Etappe auf dem Weg zur „neuen Universität“ war die Einführung eines neuen Universitätslehrerdienstrechtes, welches Anfang Juli im Parlament von ÖVP und FPÖ beschlossen wurde und ab Oktober in Kraft treten soll. Die Zielsetzung und die konkrete Ausgestaltung dieses neuen Dienstrechts für UnilehrerInnen zeigt ganz deutlich, was die derzeitige Regierung mit ihrer „Unireform“ bezweckt: eine beschleunigte neoliberale Umstrukturierung des Hochschulsystems. Damit einher gehen eindeutig feststellbare frauendiskriminierende Auswirkungen, welche die bestehenden hierarchischen Geschlechterverhältnisse an den Universitäten erneut verfestigen und zementieren.

Die Notwendigkeit einer Reform der Universitäten ließ sich das Bildungsministerium gar über ein Meinungsforschungsinstitut vom „Volk“ bestätigen: Über die Hälfte der Österreicher und Österreicherinnen finden, dass die Zeit für eine umfassende Modernisierung der Universitäten reif sei. Darin sind sich auch alle Parlamentsparteien einig. Was ist nun aber unter dieser viel zitierten und diskutierten „Reform“ zu verstehen? In welchem gesellschaftlichen und ideologischen Kontext steht sie?

Deregulierte Universitäten

Die mit dem UOG 93 bereits von Rot-Schwarz eingeleite-

te Reform des tertiären Bildungssystems muss vor dem Hintergrund eines weitreichenden neoliberalen Transformationsprozesses betrachtet werden. Die Rolle der Institution Hochschule hat sich im Zuge des Wandels vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat grundlegend geändert. Mit einiger Zeitverzögerung wird die neoliberale Strukturreform nun auch auf die Universitäten übertragen: Die ehemaligen „Massenuniversitäten“ mit freiem Hochschulzugang sollen umgewandelt werden in deregulierte Dienstleistungsunternehmen. In der herrschenden Ideologie steht die Hochschule für die Ressource „Bildung“, die Wettbewerbsvorteile und „Standortvorteile“ sichern soll. Es geht mithin um die Sicherung der nationalen Konkurrenzfähigkeit im Postfordismus. Neoliberale Instrumentarien und Kriterien werden nun auf Universitäten angewandt, um sie zu betriebswirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen umzufunktionieren. Deregulierung ist der neuralgische Punkt, um den sich die Neugestaltung der Universitäten dreht. An die Stelle der bisherigen politischen Steuerung des Bildungssystems tritt nun eine ökonomische bzw. marktwirtschaftliche Steuerung. Da ist die typisch neoliberale Rede von Steigerung der Leistungsfähigkeit, Autonomie (Vollrechtsfähigkeit), Effizienzsteigerung, leistungsgebun-

dene Budgetzuweisung; da schwärmen Industriellenvereinigung und Professoren von Aufnahmetests und studentischer „Selektion“. In den Worten des Bildungsressorts liest sich das so: „Umfangreiche Entscheidungskompetenzen wurden vom Bildungsministerium zu den Universitäten verschoben, um ihnen betriebswirtschaftliches Agieren, Management und Dienstleistungsorientierung zu ermöglichen und damit die Effizienz- und Qualitätssteigerungen, mehr Kosteneffizienz und entsprechende Verbesserungen im Ressourceneinsatz zu erzielen“.¹

Neues Dienstrecht

Die von Bildungsministerin Gehrler als „Sensation“ gepriesene Einführung des bereits erwähnten neuen Dienstrechts muss also im Zusammenhang mit diesen weitreichenden neoliberalen hochschulpolitischen Umstrukturierungsprozessen gesehen werden. Als Übergangsdienstrecht soll es die Vollrechtsfähigkeit der Universitäten, die bereits für Herbst 2002 geplant ist, einleiten und einer „Zupragmatisierung“ des wissenschaftlichen Personals entgegenwirken. Mit der Dienstrechtsnovelle hat die Regierung an den Universitäten als erster Einrichtung des Bundes das Beamtentum bzw. die Pragmatisierung abgeschafft und stattdessen privatrechtliche, zeitlich befristete Dienstverhältnisse eingeführt. Dies alles ohne Streiks und Proteste

Als eines der wichtigsten so genannten „Reformprojekte“ der blauschwarzen Regierung gilt der Umbau der österreichischen Universitäten.

VON EVI GENETTI*

*) Evi Genetti studierte Politikwissenschaft und Frauenforschung und arbeitet im Projektzentrum Frauenförderung der Uni Wien.

von Seiten der betroffenen UniversitätslehrerInnen. Mit den offiziellen VertreterInnen der DienstnehmerInnenseite, der Hochschullehrergewerkschaft erzielte die Regierungsseite einmal mehr einen so genannten „Kompromiss“, ohne jedoch substantielle Zugeständnisse gemacht zu haben oder gar vom geplanten Modell abgerückt zu sein. Kein Wunder also, wenn ÖVP und FPÖ über diesen „Durchbruch“ jubeln (Presse vom 5.7.01).

Als neues wissenschaftliches Laufbahnmodell wurde das so genannte „Vier-Säulen-Modell“ eingeführt: Eine wissenschaftliche Karriere beginnt von nun an als „wissenschaftliche/r MitarbeiterIn“ für die Dauer von vier Jahren; nach der Promotion besteht die Möglichkeit zur Bewerbung für eine auf sechs Jahre befristete Assistenzstelle; danach ist eine erneute Bewerbung als befristete/r VertragsprofessorIn oder unbefristete/r UniversitätsprofessorIn vorgesehen. Eine Ausnahme bilden die so genannten „Staff Scientists“ als eine Art Systemerhalter mit einem zeitlich unbefristeten Dienstverhältnis. Die Unileitung kann über derartige Stellen eigenständig und je nach Bedarf der Institute entscheiden.

Abgesehen von den Staff Scientists enden im neuen Dienstrecht sowohl das Ausbildungsverhältnis der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen als auch die Dienstverhältnisse der AssistentInnen und der VertragsprofessorInnen in allen Fällen durch Zeitablauf. Eine Verlängerung der jeweiligen Vertragsdauer durch irgendeine

Form der Weiterbestellung ist nicht vorgesehen. Eine Ausnahme ist die Verlängerung des Dienstverhältnisses eines/einer befristeten VertragsprofessorIn auf unbestimmte Zeit durch den Rektor. Für jede höhere Verwendung ist eine Neubewerbung vorgesehen. Diese Regelung bedeutet, dass keine durchgängige Karrieremöglichkeit mehr gegeben ist. Durch die diskontinuierliche Gestaltung des akademischen Werdegangs wird die Universität von einem Ort der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Teil einer langfristigen Karriereplanung zu einer kurzfristigen Durchgangsstation ohne wissenschaftliche Perspektive.

Die zunehmende Fluktuation des wissenschaftlichen Personals wird längerfristig einen Qualitätsverlust bewirken, da ein kontinuierlicher Aufbau von wissenschaftlicher Kompetenz und Qualifikation erschwert wird.

Was das unter den beschriebenen Bedingungen für kritische SozialwissenschaftlerInnen und GeschlechterforscherInnen bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Die marktwirtschaftliche Steuerung von Bildungseinrichtungen bewirkt zwangsläufig, dass nur jene Fächer sich entfalten können, die ökonomisch verwertbar sind: technische und betriebswirtschaftliche Studienrichtungen, Teile der Naturwissenschaften und die Medizin. Auf die Sozialwissenschaften steigt der Druck enorm, sich dem Staat und den Märkten anzudienen. Mit der so genannten „Standortbereinigung“ hat diese Kosten-Nut-

zen-Rechnung von bestimmten Fächern bereits eingesetzt. In der marktorientierten Ausdifferenzierung von ganzen Fachgebieten tut sich der von der Regierung eingesetzte Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung besonders hervor: Er empfiehlt die „zukunftsweisen“ Lebenswissenschaften, Biowissenschaften und Verkehrstechnik als inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Für gesellschaftskritische Wissenschaft – in Österreich ohnehin schwach ausgeprägt – wird der Raum noch enger werden; entweder sie wird finanziell ausgehungert oder die befristeten Dienstverträge werden einfach nicht mehr verlängert.

Geschlechterpolitische Folgen

Von diesen forschungspolitischen Hierarchisierungen einmal abgesehen, sind die geschlechterpolitischen Implikationen des derzeitigen neoliberalen Umbaus des tertiären Bildungssystems katastrophal. Deutlich sichtbar wird dies einmal mehr beim neuen Dienstrecht für die Universitäten, das ja nur bei derzeit nicht-pragmatisierten und neuen Dienstverhältnissen wirksam wird. Auf Frauen wirkt das neue Dienstrecht besonders nachteilig, da gerade sie es sind, die vorrangig in befristeten bzw. provisorischen Dienstverhältnissen an den Unis beschäftigt sind. Im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses sind ca. 1500 Personen in befristeten Dienstverhältnissen von dieser neuen Regelung bedroht, 2/3 davon sind Frauen. Demnach wird der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal mit der Einführung des neuen Dienstrechts deutlich sinken.

Somit macht die Regierung gerade in einer Situation, in der nach langjährigen gleichstellungspolitischen Bemühungen, Frauen zumindest in der untersten Stufe der universitären Hierarchie verstärkt Fuß gefasst haben, diese ohnehin geringen Erfolge universitärer Gleichstellungspolitik wieder rückgängig. Die wenigen Wissenschaftlerinnen, die zu meist in befristeten bzw. provisorischen Dienstverhältnissen beschäftigt sind, werden erneut hinausgedrängt und von der Universität verwiesen. Denn die erforderlichen Neubewerbungen setzen zudem voraus, dass eine entsprechende Stelle in der jeweiligen höheren Hierarchieebene auch frei ist. Es steht jedoch zu befürchten, dass angesichts bestehender Budgetrestriktionen Stellen in Hinkunft zunehmend eher abgebaut als ausgebaut werden. Die angekündigten „Karrieremöglichkeiten“ für junge WissenschaftlerInnen geraten zur bloßen Augenwischerei.

Im Zuge der Diskussion rund um die Dienstrechtsnovelle wurde in etlichen Resolutionen und Stellungnahmen dezidiert auf diese geschlechtsspezifischen bzw. frauendiskriminierenden Auswirkungen des geplanten „Vier-Säulen-Modells“ hingewiesen und statistisch belegt. Die demonstrative Missachtung dieser nachweisbaren strukturellen Frauenfeindlichkeit des neuen Dienstrechts zeigt ganz deutlich, wie ernst die derzeitige Regierung gleichstellungspolitische Anliegen nimmt. Eine neokonservative Wende in Hinblick auf eine verstärkte Remaskulinisierung der Universitäten erscheint somit als erwünschte Nebenwirkung.

1. BM:BWK 2001: *Universitäten und Hochschulen in Österreich. Reformen 2001*, Wien: 9.

Kosten-Wahrheit

Bei uns studiert man am längsten – Österreich hält traurigen Rekord bei Studiendauer und Studienkosten – titelt die Kronen Zeitung am 14. Juni 2001 und greift damit – wie andere österreichische Tageszeitungen auch – eine APA-Meldung vom Vortag auf. Die Artikel – etwa im Kurier oder im Standard – übermitteln mehr oder minder informationsverlustfrei, was die Nachrichtenagentur über das professionell beworbene Erscheinen der achten Ausgabe des OECD-Berichts „Education at a glance“ zur Neuigkeit erhob. „Akademische Ausbildung dauert in Österreich mit durchschnittlich 6,4 Jahren zu lange und ist mit mehr als einer Million Schilling pro Studierendem doppelt so teuer wie im Durchschnitt“ zitiert der Kurier.

Bildungsministerin Gehringer lässt noch am selben Tag vermelden, sie sähe die Politik der Regierung durch die OECD bestätigt. „Die Untersuchung bestätige, dass Österreich überdurchschnittlich viel für Ausbildung von Schülern und Studenten investiere.“ (APA, 13.6.2001). Bereits wenige Tage später (am 30. Juni) schätzt sich ein Jus-Student in einer vom Bildungsministerium finanzierten Verlagsbeilage im „Standard“ glücklich, dank der Studiengebühren endlich etwas zu der Million Schilling Ausbildungskosten beitragen zu dürfen, die für sein Studium anfielen. Die in den Zei-

tungsberichten zitierten Studienkosten von 72.184 US-Dollar je StudentIn scheinen noch weit symbolträchtiger als der bislang vom Ministerium bemühte, im Hochschulbericht 1999 ausgewiesene Durchschnittswert von ÖS 120.708,- je StudentIn und Jahr.

Mediale Interpretationen

Dass aus dem Erscheinen eines Jahrbuchs ein mediales Ereignis wird, liegt zu allererst an der konsequenten Pressearbeit der OECD-Teil Institutionen selbst: Jede Ausgabe des „Education Outlooks“, der im wesentlichen die Ergebnisse einer bildungsstatistischen Datenbank wiedergibt, findet – und nicht nur in Österreich – großes mediales Echo und reizt politische AkteurInnen zu einschlägigen Kommentaren.

Dass nur ein Teil der Ergebnisse jährlich neu erarbeitet werden, ist nicht das einzige Detail, das den Zwängen der Nachrichtenproduktion zum Opfer fällt. Die Mehrheit aller Definitionsbestandteile, die den gebotenen Indikatoren wissenschaftliche Respektabilität einbringen sollen – schließlich ist die OECD eine der wichtigsten AnbieterInnen wirtschaftsstatistischer Daten weltweit – gehen „naturngemäß“ in der Kette Presseaussendung – Agenturmeldung – Zeitungsartikel verloren.

Beispiel „längste Studienzzeit“: Erstens handelt es sich nicht um die Zeit bis zum

Abschluss, sondern um eine mithilfe einer Näherungsformel berechnete durchschnittliche Verweildauer in einem Ausbildungssegment. Zweitens handelt es sich nicht um „UniversitätsstudentInnen“, sondern um alle Personen im tertiären Bildungssegment gemäß der International Standard Classification for Education (ISCED 1976 bzw. 1997), das einjährige Lehrgänge genauso wie etwa pädagogische Lehranstalten oder Fachhochschulen umfasst. Drittens handelt es sich nicht um Individuen, sondern um Vollzeitäquivalente (auch wenn das aufgrund der von Österreich zur Verfügung gestellten Daten kaum eine Rolle spielt). Viertens handelt es sich nicht um eine Neuigkeit: die „durchschnittliche Verweildauer im tertiären Bildungsbereich“ wurde 1997 für das Studienjahr 1994 errechnet und in den OECD-Berichten seitdem unverändert fortgeschrieben.

Bei aller Verflachung der wiedergegebenen Information scheinen doch die Kernaussagen gerettet, erhalten doch die Daten ihren sensationellen und politischen Charakter allein aus der Reihung, in die sie gebracht sind: in Österreich studiert „man“ am längsten, „am teuersten“ usw. – nicht zu vergessen die „im OECD-Schnitt niedrige Akademikerquote“.

Hinkende Vergleiche

Letztes Jahr noch wies das BMWK zu identen Befun-

Zur Rechtfertigung von Studiengebühren hat der Indikator „Kosten je StudentIn“ Hochkonjunktur. Die Schwächen der Indikatorenbildung und der Interpretation sind nebensächlich – ob nun mehr oder weniger: die eigentlichen politischen Fragen werden verdrängt.

VON GÜNTER HEFLER*

*) Günter Hefler studierte Philosophie, Soziologie, Politikwissenschaft und arbeitet als Gesellschafter der Forschungsgesellschaft für angewandte Sozial- und Strukturanalyse (FAS) in Wien.

Übersicht: Rezente Vorschläge Indikatoren ‚Kosten je StudentIn‘ in Österreich

	Modell	Gesamtaufwand	StudentInnen	Kosten pro Jahr/StudentIn
OECD 2001		Hochschulbudget - klinischer Mehraufwand + hochschulrelevante Forschungsförderung - ausgeschiedene Anteile an hochschulrelevanter Forschungsförderung + Kosten für nicht-universitäre Ausbildung in ISCED 5, 6a (z.B. Fachhochschulen, Pädaks usw.)	Vollzeitäquivalente (allerdings: nur rund 8000 TZ-Studierende ausgewiesen.) Studierende der Universitäten, Fachhochschulen, Akademien und Colleges	11.279 US \$ PPP (1998) (Purchasing Power Parities (PPP); standardisiertes Kaufkraftäquivalent zum US-Dollar. Umrechnungsfaktor für 1998: 1 US \$ PPP = 13,73 ATS)
BMWV 1999	Gesamtaufwand durch StudentInnenzahl	Hochschulausgaben (inkl. Universitätskliniken) ohne hochschulrelevante Forschungsförderung, exklusive Ausgaben für Fachhochschulen, exklusive Ausgaben sonstige post-sekundäre Bildung (Kollegs, Pädaks etc.)	Personen laut Hochschulstatistik	120.708,- ATS (1998)
Wohlfahrt/ Sturn 1999		30 % des Hochschulbudgets für Lehre, zahlreiche weitere Zu- und Abrechnungen zur Eingrenzung des Lehraufwands	Exklusion von mutmaßlichen ScheininskribentInnen (20 % der Inskribierten) Schätzung Vollzeitäquivalente, (25 % der verbleibenden Basis TZ-StudentInnen)	ca. 40.000,-

den des Vorgängerberichts (am längsten, am teuersten, zu wenige) auf „strukturelle Unzulänglichkeiten“ der Vergleichsansätze hin (vgl. APA 16.5.2000). Tatsächlich sind gerade die Unterschiede nationaler Bildungssysteme und die daraus resultierenden Einschränkungen der Vergleichbarkeit eines der Hauptthemen der bisher erschienenen acht Ausgaben des „Education Outlook“.

Naheliegenderes wird – in den sperrigen Kommentarteilen und verteilt über acht Einzelausgaben – mitgeteilt. Unterschiede ergeben sich insbesondere aus dem Verhältnis zwischen kurzen und langen Studiengängen. Entscheidend sind ferner die im Universitätsbudget enthaltenen Forschungskosten. In Österreich ist der Anteil der Forschungskosten an den Ausgaben für das tertiäre Segment unter allen untersuchten Staaten am höchsten (nämlich 37 %). Differenziertere Betrachtungen ermöglichen ohne weiteres, die „Position Österreichs“ in

günstigerem Licht erscheinen zu lassen.

Bessere Näherungen für den Indikator „Kosten je StudentIn“ für Vergleichs- und Bewertungszwecke lassen sich jederzeit errechnen. In der von Wohlfahrt und Sturn herausgegebenen Studie „Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen“ werden für die Größen „Zahl der Studierenden“ und „Gesamtaufwand“ alternative Berechnungen angestellt und argumentativ begründet (vgl. die Übersicht). Insbesondere wird dem Faktum „Teilzeitstudierende“ Rechnung getragen und der Forschungsaufwand nicht als Lehrkosten berücksichtigt. Der durchschnittliche institutionelle Lehraufwand je StudentIn wird mit näherungsweise öS 40.000,- je Studienjahr angenommen. Auch der Hinweis, dass der reale Lehraufwand teils höher, teils – in Studien mit sehr schlechtem Betreuungsverhältnis – deutlich niedriger ist, fehlt nicht.

Was heißt hier Kosten?

Allen in der Übersicht skizzierten Durchschnittskosten ist eine Eigenschaft gemein: sie messen nicht eine Leistung, die StudentInnen tatsächlich zur Verfügung steht. Es geht nicht um reale Unterrichtsstunden, nicht um reale Betreuungseinheiten, nicht um zur Verfügung gestellte Infrastruktur.

Eine idealtypische WirtschaftswissenschaftlerIn würde über die Interpretation „Durchschnittskosten = erbrachte Leistung“ auch nur den Kopf schütteln. Ein Indikator hilft Problemzonen – „Effizienzdefizite“ – zu identifizieren. Vielleicht kosten unsere UniversitätsprofessorInnen zuviel? Vielleicht sind die Fixkosten zu hoch? Vielleicht haben wir zu wenige StudentInnen, eine zu starke Unterauslastung? „Das muss man sich erst genau anschauen“ – heißt die gegen Kritik immunisierende Zauberformel. Die politische Agenda, die mit der Durchsetzung von ausgewählten Kennzahlen einhergeht, bleibt jedoch

bestehen. Durch den Rückzug auf eine methoden „kritische“, „schwache“ „wissenschaftliche“ Interpretation der Indikatoren werden die politischen Effekte – denen gerade die Wirtschaftswissenschaften viel an finanzieller Unterstützung verdanken – schlichtweg verlegt.

Nichtmessbares messbar machen ist der Sinn von Indikatoren: die Beurteilung, ob ein gebildeter Indikator anders nicht beobachtbare Phänomene erfasst und ob mit ihm die relevanten Phänomene erfasst werden, bleibt – über alle definitiven und technischen Fragen hinweg – entscheidend.

Es sind nicht nur Mängel der Robustheit im Zeitverlauf, die den OECD-Indikator „Kosten/StudentIn“ so problematisch machen. (vgl. Diagramm: Wer von uns hat irgendetwas von den ausgewiesenen Schwankungen „Ausgaben je StudentIn“ mitbekommen?). Es ist das politisch instrumentalisierte Fehlen der Insistenz darauf, die Verbindung zwischen den Messergebnissen der Indikatoren und der vorgeblich beschriebenen Realität zu explizieren.

Durchschnittsbildungen weisen immer das Problem auf, dass die Ergebnisse vom Zähler (Ausgaben) wie vom Nenner (StudentInnenzahl) gleichermaßen abhängen. Veränderungen in Globalgrößen – selbst vielfältig zusammengesetzt – unkommentiert als Beschreibungen von Realitäten auszugeben („Viel Geld für Studierende“) ist die vielkritisierte „Manipulation mit Statistik“. Jede Kritik an der Verwendung und Instrumentalisierung statistischer Indikatoren bleibt jedoch hilflose Rhetorik.

rik, wenn nicht alternative Beschreibungen – neue Evidenzen – erzeugt werden können.

Neue Soziographie, alternative Indikatoren, linke Politik

Indikatoren enthalten eine Theorie, worauf es gesellschaftspolitisch ankommt. Mit dem Indikator „Ausgaben je StudentIn“ ist die Polemik, eine gesellschaftliche Gruppe bekäme etwas ohne Gegenleistung („neo-liberale Variante“) bzw. werde gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bevorzugt (liberal-sozialdemokratische Variante) mitproduziert, der Verteilungskampf eröffnet. Wenn sich diese Kernaussage hält, ist es nahezu gleichgültig, wie realistisch oder absurd der Indikator misst.

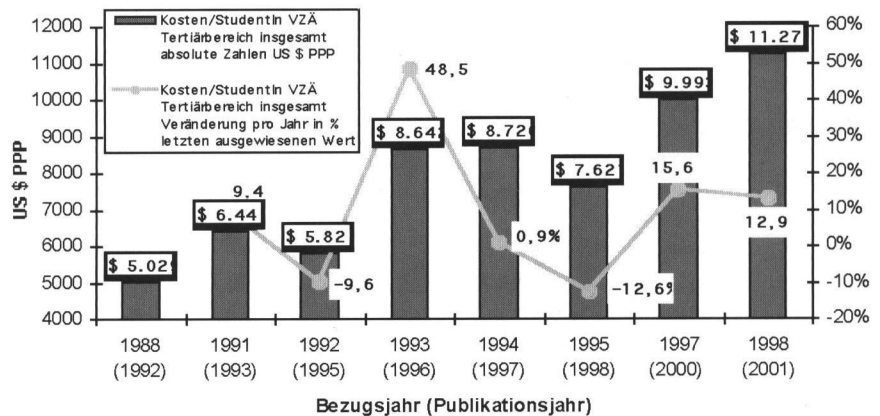
Angreifbar sind Indikatoren nur durch die Etablierung neuer Indikatoren, die neue politische Programmatiken mit sich bringen. Die (neuerliche) Setzung politischer Agenden, die (sozialwissenschaftliche) Beschreibung der Problembereiche und die Erfindung neuer Kennzahlen, die den Handlungsbedarf untermauern, bilden eine Einheit. Zwei beliebige Beispiele:

Also: Institutionen wie Universitäten, die große Bevölkerungsteile ausschließen, üben symbolische Gewalt über die Ausgeschlossenen aus: Sie beeinflussen das Leben von Menschen, die auf die Gestaltung dieser Institutionen so gut wie keinen Einfluss haben, weil sie aus ihnen ausgeschlossen sind – das ist eine altbekannte Begründung für die Notwendigkeit, die Hochschulen zu öffnen, Forschung und Lehre für und durch alle zu fordern. Indikator für die Öff-

nung wäre z. B. der Anteil der Bevölkerung, der jederzeit in der Lage ist, ein Hochschulstudium eigener Wahl aufzunehmen und damit Einfluss auf das, was in Krankenhäusern getan oder in Schulen unterrichtet wird, zu nehmen.

Also: Wir stellen fest, welche Ressourcen Studierende für ihr Studium benötigen, wie viel an innovativen, forschungsbezogenen Inhalten, wie viel Betreuung durch Lehrende, wie viel Zeit zur kollektiven Arbeit mit KollegInnen, wie viel Anerkennung für erbrachte Lern- und Forschungsleistungen, wie viel Gestaltungsautonomie der individuellen und institutionellen Abläufe, welche Gegenstrategien gegen diskriminierende, sexistische, rassistische Praktiken, wie viel soziale Absicherung, welche Unterstützung zum selbstbestimmten Einstieg in die Berufstätigkeit usw. Dann stellen wir fest, wie viel davon die Universitäten bieten und wie sich das Angebot im Zeitverlauf geändert hat, ob

**Bildungsausgaben pro Studierenden in Österreich
(OECD Education Outlook)**



Quelle: OECD 1992 – 2001, eigene Berechnungen

es Ungleichheiten gibt, ob das Ausmaß dieser Ungleichheiten steigt und ob die Benachteiligungen z.B. in einem signifikanten Verhältnis zum Geschlecht und zur sozialen Herkunft stehen.

... und nicht vergessen ...

Versuche, mit den immer selben Indikatoren weitere Einschränkungen und Verschlechterungen im Hochschulbereich zu rechtfertigen, kommen so bestimmt wie die neunte Ausgabe des 'Education Outlooks'. Die Vorteile der durch die Studiengebühren radikal sinkenden Inskriptionszahlen hat Ministerin Gehr in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage ihres Parteifreundes Werner Amon schon skizziert: „Durch die Einführung der Gebühren wird es laut

Gehr auch zu einer Bereinigung der Studierendendaten und damit auch all jener Indikatoren und Benchmarks kommen in deren Berechnung die Gesamtzahl der Studierenden eingeht. So sei zu erwarten, dass sich das Betreuungsverhältnis an den wissenschaftlichen Unis zwischen Uni-Professoren und Studenten von derzeit 1:23,9 auf 1:16,2 verändern werde. Auch die staatlichen Ausgaben pro StudentIn würden sich von derzeit rund 110.000 Schilling pro Jahr auf rund 170.000 S erhöhen.“ (on-line standard/APA 20.08.2001). 2004 wird demnach die OECD feststellen, dass in Österreich für jede StudentIn rund 2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, soviel wie nirgends sonst auf der Welt.

Literatur:

- OECD (1992 ff), *Education outlook, Ausgaben 1 (1992) – 8 (2001)*.
- Wohlfahrt/Sturm (1999), *Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen*.
- Bundesministerium f. Wissenschaft und Verkehr (1999): *Hochschulbericht 1999*.

Praxis, die: Tätigkeit, Ausübung, Erfahrung

Plädoyer für eine Beschreibung studentischer Praxis

Ein Versuch, die übliche Perspektive universitärer Bildungstheorien durch etwas zu ergänzen, was meist völlig ausgeblendet ist: die konkrete Anschauung dessen, was StudentInnen tun, wenn sie studieren.

VON EVA KRIVANEC

Die folgenden Gedanken zu einer Beschreibung studentischer Praxis entstanden aus der Motivation heraus, die sich während meines Studiums verdichtenden Wahrnehmungen mit Untertiteln zu versehen. Sie werden versuchen, die ‚blinden Flecken‘, die sich aus einer bildungsökonomischen Perspektive einerseits, aus pädagogischen Programmatiken andererseits ergeben, durch etwas zu ergänzen, was einfach klingt, aber in der Regel völlig ausgeblendet ist: die konkrete Anschauung dessen, was StudentInnen tun, wenn sie studieren.

In einer Situation, in der die öffentliche Repräsentation studentischer und universitärer Praxis mit derselben in etwa so viel gemein hat wie eine „Universum“-Dokumentation mit dem Leben der in ihr dargestellten Tiere, erhält bereits das genauere Hinschauen die Aura des Unerhörten. Die Ergebnisse einer solchen „teilnehmenden Beobachtung“ widersprechen nämlich nicht nur den Behauptungen neoliberaler Leistungsapostel und ElitefetischistInnen, sie werfen auch zentrale Fragen zu den Bedingungen sinnvoller, die Interessen aller Beteiligten (StudentInnen, LektorInnen, BibliothekarInnen, etc.) fördernder Formen der Vermittlung und der Produktion wissenschaftlichen Wissens auf.

Faktor Bildung

Seit sich die Volkswirtschaftslehre für Bildung interessiert – und das tut sie erst knapp 40 Jahre – erklärt sie mit dem Faktor Bildung nur gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozesse: konkurrierende Schulen unterscheiden sich in diesem Punkt nicht. Während die wirtschaftlichen Vorteile steigenden Bildungsniveaus unumstritten sind, konzentrieren sich die Konflikte auf Verteilungsfragen: Wer profitiert von der „Investition in human capital“ in welchem Umfang, und wer soll deshalb in welchem Umfang für die Kosten – die direkten wie Lehrkosten; die indirekten wie Verdienstentgang und Freizeitverzicht – aufkommen: der Staat, die Unternehmen, die Individuen? Von einer Produktivität jenseits des „human capitals“, das nach Ende der Ausbildung in der Produktion vernutzt wird, nehmen bildungsökonomische Diskurse keine Notiz: eine Produktion, die keinen Preis hat, liegt außerhalb der disziplinären Wahrnehmung.

Wert an sich

Pädagogische Theorien universitärer Bildung hingegen gehen ‚wertfrei‘, in der humanistischen Tradition, von Bildung als Wert an sich aus, der keiner weiteren Begründung bedarf. Es wird nach den angemessensten und wirkungsvollsten Formen der

Vermittlung von Wissen und von Fertigkeiten gesucht, wobei die Kriterien des Angemessenen und Wirkungsvollen je nach theoretischer Ausrichtung und politischer Intention der ForscherInnen nahezu beliebig variabel scheinen. Hier gibt es nun natürlich die Rede von aktiven, partizipatorischen, produktiven Bildungsprozessen, auch von Praxisorientierung und von lebenslänglich... Wonach aber nicht gefragt wird, ist die gesellschaftliche Einbettung solcher Bildungsprozesse oder anders gesagt: ein und dieselbe pädagogische Programmatik kann auf völlig divergierenden ideologischen Voraussetzungen aufbauen.

Nutzen und Praxis

An diesem Punkt scheint ein Brecht'sches Fragen angebracht: Wem nützt diese Bildung? Wem zu nützen gibt sie vor? Wozu fordert sie auf? Welche Praxis entspricht ihr?

Doch solange nicht die erste Frage auch die Pädagogik und die letzte Frage auch die Bildungsökonomie zu interessieren beginnt, bleibt eine ernsthafte Diskussion über die Verortung jener, die zwar durchwegs zum „selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten“ angehalten werden sollen, doch nur nicht auf die Idee kommen dürfen, ihr Tun als selbständiges wissenschaftliches Arbeiten zu bezeichnen, völlig aussichtslos.

Dieser folgenreiche Widerspruch zwischen der Sprachmächtigkeit pädagogischer Anforderung wie auch der realen Macht ökonomischer Zwänge einerseits und der Sprachlosigkeit der StudentInnen selbst, wenn es darum geht, ihre eigene Tätigkeit zu beschreiben andererseits, löst die Selbstwahrnehmung und Selbstsetzung auf

in ein „noch nicht“, ein „hoffentlich bald“, ein „später dann“, das jede Affirmation der momentanen Tätigkeit des Studierens als Produktion zum Verstummen bringen muss, jede stabilere Positionierung aufschieben muss.

sprachlos buchstabieren

Auch mir gelingt die Beschreibung meiner Produktion nur – noch schlimmer wird's beim Versuch die geisteswissenschaftliche Perspektive zumindest ansatzweise zu erweitern – in Form einer unsystematischen und sehr unvollständigen Aufzählung von Tätigkeiten, Aneignungs- und Herstellungsergebnissen: Bibliographien, Recherchen, Material- und Datensammlungen, Experimente, Ergebnisanalysen, Feldforschungen, Literaturbearbeitungen, Quellenanalysen, Zusammenfassungen, Diskussionsbeiträge, Referate und Vorträge, Vermittlungen und Moderationen, Erklärungen, kleinere und größere wissenschaftliche Arbeiten, Notizen, Reflexionen, Fachterminologien, Modelle, Methodenaneignungen, -erweiterungen, -entwicklungen, etc.

dunkelgraue Literatur

Diese Schwierigkeiten kommen nicht von ungefähr und sie legen ein Problem offen, mit dem viele StudentInnen zu kämpfen haben: einem permanenten Rechtfertigungsdruck zu unterliegen.

Nahezu alle diese kleineren oder größeren, fertigen oder unfertigen, guten oder weniger guten Teile wissenschaftlicher Produktion werden zu einer traurigen Existenz als eine Art dunkelgraue Literatur – in ProfessorInnenzimmern, Altpapiercontainern, den Computern der

AutorInnen, in einer einzelnen Lehrveranstaltung und, wenn es gut geht, noch einem Diskussions- oder Lesekreis – verdammt und damit unsichtbar gemacht. Und wie sollen sich die HerstellerInnen von dieser – man möchte fast sagen – klandestinen, den Untergrund nie verlassenden, Produktion selbst als ProduzentInnen verstehen, wenn es das, was sie erzeugen, gar nicht zu geben scheint?

kollektive Produktion vs. geniale EinzelgängerInnen

Gleichzeitig ist aber die Produktivität von so großen Forschungsinstitutionen wie den Universitäten ganz stark davon abhängig, daß es eine Menge StudentInnen gibt, und daß diese im Rahmen ihres Studiums wissenschaftlich arbeiten. Wie könnten sich Lehrende einen halbwegs breiten Überblick über die aktuelle Forschungslage und –literatur ihres Fachs erhalten, würden sie nicht laufend Seminararbeiten, Diplomarbeiten und ähnliche von Studierenden verfaßte Texte lesen? Wie könnten – gerade in den Naturwissenschaften – Institute mit relativ geringem Budget Projekte entwickeln, gäbe es nicht hoch interessierte StudentInnen, die daran freiwillig mitarbeiteten?

Die Universität als Institution, die von ihrer Prozessualität her – dort wo sie tatsächlich noch forscht – durch das Bild einer hochgradig arbeitsteiligen, aber gleichzeitig nur in kollektiver Arbeitsweise funktionierenden, auf regen Austausch zwischen allen Beteiligten angewiesenen Produktionsstätte zu beschreiben wäre, ist selbst permanent damit beschäftigt ein ganz anderes Bild, das der „genialen EinzelgängerIn-



Foto: Lisl Ponger, Juli 2001

nen“, der „FachexpertInnen“, der „RepräsentantInnen einer Disziplin“ durchzusetzen. Dabei werden großteils Frauen „eliminiert“ und StudentInnen können in dieser Perspektive nur als „lästiges Beiwerk“ bzw. als „KonsumentInnen konsekrierter Lehre“ dargestellt werden.

Hierarchisierungs-maschine

Die Wirksamkeit der Verschleierung ist offensichtlich: Die Haltung vieler StudentInnen – eingeschrieben in die Köpfe wie in die Körper – entspricht dem Bild, das wiederholt und eindringlich verbreitet wird. An den Wänden entlang schleichend betreiben sie ihre Unsichtbarmachung weiter, ihre leise Empörung wird kanalisiert und richtet sich gegen unfreundliche Sekretärinnen, falsch angegebene Öffnungszeiten, nie vorhandenes Klopapier, sie fühlen sich wie auf einem Amt und wären doch lieber im Supermarkt. Stu-

dentInnen, die sich ihr Forschen nicht austreiben lassen wollen, muß dieses Bild so absurd und verdreht vorkommen, daß sie es nur verwerfen können. Sie laufen jedoch Gefahr – nicht zuletzt durch die permanente Verweigerung der Anerkennung – von ihrer eigenen Praxis völlig abgeschnitten, ihre Kräfte zu verlieren.

Eine kollektive wissenschaftliche Praxis, die Beteiligung von StudentInnen an der Entstehung von neuem wissenschaftlichen Wissen, die Aktivität und Produktivität von Studierenden, all das liegt nicht im Bereich des Utopischen, des lediglich Wünschenswerten, sondern es ist vorhanden, eingespannt in eine Individualisierungs- und Hierarchisierungsmaschine, die es verneint und entstellt. Studiengebühren sind sowohl der perfekte Ausdruck dieser Verneinung als auch die materielle Unterstützung ihrer symbolischen Reproduktion.

ÖH: ... und tschüss?

Seit Jahrzehnten ist die Österreichische HochschülerInnen-schaft ein wichtiger Bezugspunkt politischer Aktivität an den Universitäten. Mit dem geplanten strukturellen Umbau der Universitäten geht auch ein radikaler Bedeutungsverlust der ÖH einher. Ein paar Gedanken zur Zukunft studentischer Interessenvertretung.

VON KARINA KORECKY*

Allerorts wird betont, dass die Hauptaufgabe von Universitäten darin zu bestehen hat, der Sicherung des nationalen Standortes zu dienen¹ und angesichts dieser Funktion mit den Relikten einer teilweise demokratisch verfassten (Selbst-)Steuerung aufgeräumt werden müsse. WissenschaftlerInnen, Ministerialbürokraten und WirtschaftsvertreterInnen sind einhellig der Ansicht, dass „Hochschulen als Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Wissenschaft“ (Landfried, Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz) einer firmenähnlichen Struktur bedürfen. Die „68er-Zeit ist vorbei“ (Gehrer, Bildungsministerin), die „heilige Kuh der paritätischen Mitbestimmung“ müsse „geschlachtet“ werden (Hassauer, Uni Wien).

Was heißt hier Autonomie?

Dass die geplante Vollrechtsfähigkeit als „erweiterte Autonomie“ der Universitäten verkauft wird, ist ein Meisterstück medialer Propaganda. Suggestiert wird, die Unis könnten in Zukunft autonom handeln und entscheiden, de facto ist genau das Gegenteil der Fall. Entscheidungen sollen zwar aus dem zuständigen Ministerium an die Unis verlagert werden, aber erstens behält sich dieses zentrale Steuerungselemente auch weiterhin vor (die sog. „Leistungsverträge“ zwischen Staat und Unis), zweitens wird der direkte Einfluss von Interessensvertretungen wie Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer auf die Unis verstärkt (im „Uni-

versitätsrat“) und drittens soll sich die Universität nicht als Gesamte selbst verwalten, sondern diese Aufgabe übernimmt ein Management unter Ausschaltung bisheriger Gremien. Um noch deutlicher zu werden: Studien-, Berufungs- und Habilitationskommissionen, Institutskonferenzen und Fakultätskollegien werden ersatzlos gestrichen. Damit geht nicht nur die kollektive Diskussion zwischen Lehrenden und Studierenden eines Instituts zum Thema Ankauf von Büroklammern verloren, wie oft gegen die universitäre Gremialstruktur polemisiert wird. Die Streichung dieser Gremien bedeutet, dass jeglicher formale Einfluss von Studierenden (teilweise auch jener der Lehrenden!) auf die Vergabe von Lehraufträgen, die Berufung von ProfessorInnen, die Verteilung von Geldern, Infrastruktur, etc. und damit in Folge jeder Einfluss auf die inhaltliche und strukturelle Gestaltung einer Studienrichtung verschwindet. Entscheiden wird der Chef der Uni (Rektor), rechtfertigen wird er sich vor dem Aufsichtsrat („Universitätsrat“) und anhören kann er ein Gremium mit Lobbyistenstatus (Senat).

Interessenvertretung ohne Ort

In sämtlichen inhaltlichen Vorarbeiten zur universitären Umstrukturierung finden sich entweder gar keine oder nur in Fußnoten getätigte Aussagen² zur künftigen Rolle der Österreichischen HochschülerInnen-schaft. Die Konsequenzen der Abschaffung von

formal garantierten Mitbestimmungsrechten liegen jedoch auf der Hand. Für studentische Interessenvertretung heißt eine betriebsähnliche Universitätsstruktur von jeglicher sozialpartnerschaftlicher Tradition verabschiedet zu werden. Wenn die institutionalisierten Orte nicht mehr (oder bestenfalls rudimentär) existieren, dann müssen sich die Formen der Einflussnahme radikal verändern. Sollte die ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts die nächsten Angriffe von rechts überleben, bleibt ihrer obersten Ebene – der Bundesvertretung – tatsächlich nur noch die Funktion einer zahnlosen Lobbying-Vereinigung. Von dem, was die ÖH im weltweiten Vergleich von ihrem Potential her gesehen so einzigartig macht, relativ weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Instituts- und Fakultätsebene gekoppelt mit einem garantierten allgemeinpolitischen Mandat und finanzieller Unabhängigkeit, bleibt nach der nächsten Uni-„reform“ wenn überhaupt nur zweiteres übrig. Der Kampf gegen rechte Profs, für die Verankerung von feministischer Forschung und Lehre, für Lehrinhalte und Studienverläufe generell wird sich wieder (die 60er Jahre lassen grüßen) außerhalb der formalen Entscheidungsstrukturen abspielen müssen. Soll heißen: keine Anträge mehr in Studienkommissionen, sondern mail-bombings an den Institutsserver. Statt argumentieren in Fakultätskollegien Besetzungen der Dekanate. Politik wie zu Zeiten der Ordinarienuniversität.

Studentische Politik...

Der Haken an den genannten Vorschlägen ist die vorausgesetzte Bereitschaft von Stu-

*) Karina Korecky ist Vorsitzende des Kommunistischen StudentInnenverbands KSV/Linke Liste und arbeitet seit 3 Jahren in der ÖH.

dierenden, ihre Wünsche in dieser Form zu artikulieren. Bereits seit Jahren klagen sämtliche AktivistInnen in und um die ÖH, dass sie mit aktionistischen und inhaltlichen Angeboten auf wenig Resonanz bei ihren KollegInnen stoßen oder dass ihnen schlicht der „Nachwuchs“ ausgeht. Nicht erst seitdem es nach den erfolglosen Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren ein nüchternes Erwachen statt einen heißen Herbst gegeben hat, stellt sich die Frage nach der Bereitschaft von Studierenden zu politischem Handeln in zumindest einem ihrer Lebensbereiche, der Universität. Diverse Medien schreiben in unregelmäßigen Abständen mal hämisch, mal bedauernd eine zunehmende „Entpolitisierung“ der StudentInnen herbei. Eine seriöse Einschätzung der Verschiebung von politischen Präferenzen von Studierenden in den vergangenen 30 Jahren scheitert in Österreich an der fehlenden Datenbasis. Die gängige Annahme, dass StudentInnen tendenziell irgendwie „links“ wären und damit eine gewisse Handlungsbereitschaft verknüpft ist, halte ich jedoch trotz der Ergebnisse der letzten ÖH-Wahlen für einen liebevoll gepflegten Mythos³.

... oder politische Studierende?

Was möglicherweise Rückschlüsse auf mobilisierende Themen und Formen von politischem Handeln von Studierenden an den Universitäten zulässt, wäre eine Analyse der sozio-demographischen Zusammensetzung der StudentInnenschaft verbunden mit dem Wandel von Bildungspolitik und damit auch der geänderten Erwartungen

an ein Studium. Eine derartige Darstellung ist hier nicht leistbar, insofern nur einige Thesen: Mit der Änderung von individuellen Qualifizierungsstrategien als Folge von geänderten Anforderungen an die Ware Arbeitskraft verschiebt sich auch die Wahrnehmung der Institution Universität in Richtung eines instrumentellen Verhältnisses. Je genauer Studierende den zukünftigen Ertrag der Investition in ihr „Humankapital“ kalkulieren müssen, desto eher werden sie ihre Studienwahl, ihr gesamtes Lernverhalten und die Nutzung ihrer Zeitressourcen an potentiellen ökonomischen Verwertbarkeitschancen orientieren. Das Studium wird nicht mehr als „Beginn einer lebensgeschichtlichen Neuorientierung begriffen, sondern als verlängerte Ausbildungszeit“⁴.

Uni als ein Lebensraum unter vielen

Der Rückgang der subjektiven Identifikation mit den Universitäten als Reibungsflächen und Lebensorte bedeutet, dass sich Interessen von Studierenden stärker in der Gesamtheit ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen ausbilden. Jegliche Form von Standespolitik ist nicht nur eine politisch abzulehnende Strategie, sondern kommt schlicht nicht (mehr) an. Wenn der sozialdemokratische Pressesprecher der Bundes-ÖH in einer Presseaussendung verkündet, dass die ÖH deshalb Solidarität mit den in Genua inhaftierten Mitgliedern der Volxtheaterkarawane übt, weil sich unter den Gefangenen auch Studierende befänden, dann ist das wohl der lächerlichste Ausdruck eines endgültig auf dem Misthaufen

der Geschichte zu entsorgenden ständischen Politikverständnisses. Politische Angebote, die Studierende lediglich als Studierende ansprechen, laufen ins Leere. Die Erkenntnis ist vielleicht nicht neu, sie gewinnt allerdings

angesichts der zunehmenden Heterogenität studentischer Biographien und der tendenziellen Auflösung der Studierendenrolle an Gewicht. „Studentische“ Politik ist gestorben. Es geht um Politik an der Uni.

- 1 So zum Beispiel Klaus Landfried, Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz: „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“, alle Ebenen ziehen „gemeinsam“ am gleichen Strang damit sich die Nation im „Wettbewerb der Kulturen und der Volkswirtschaften“ auch „behaupten“ kann (Landfried, 21.4. 2000 im „Rheinischen Merkur“ zit. nach Bultmann). Landfried war Referent bei einer parlamentarischen Enquete des Nationalrates zum Thema „Universitätsreform“ im April 2001.
- 2 Eine dementsprechende Anfrage von StudierendenvertreterInnen im Rahmen der zitierten parlamentarischen Enquete wurde – wie es so schön heißt – net amal ignoriert. Im Strategiepapier „Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten“ einer Arbeitsgruppe der Rektorenkonferenz im Auftrag des Bildungsministeriums heißt es lapidar: „So wichtig und verdienstvoll der Beitrag z.B. der ÖH in vielen Entscheidungen und Gremien war und ist, so ist doch festzustellen, dass die Mitbestimmung durch die Hochschülerschaft kein Ersatz für Marktmechanismen ist [...]“ (Präsentationsentwurf vom Mai 2000).
- 3 Für die Bundesrepublik Deutschland konstatieren mehrere Studien in den letzten Jahren einen Rückgang von Kohärenz und Handlungsrelevanz linker Selbstverortungen von Studierenden. So stellt zum Beispiel eine qualitative Untersuchung von Demirovic/Paul im Zeitraum 1994/95 fest, dass unter den Studierenden zwar nach wie vor eine Selbstkennzeichnung als linksorientiert verbreitet ist, dass damit aber keine konsistente linke Weltsicht mehr einhergeht. Wenn 60% der Aussage zustimmen, „Wissenschaftler sollten sich mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Standortes Deutschland einsetzen“ und 58% dafür sind, dass „kriminelle Ausländer sofort abgeschoben werden sollen“, dann reicht die Akzeptanz dieser Items bis weit in das sich selbst als „links“ definierende Lager hinein (vgl. Bultmann, Torsten/Sabine Kiel: Politische Sozialisation von Studierenden und die Anforderungen an linke Hochschulpolitik, 1997). Bultmann/Kiel interpretieren die Ergebnisse dieser und anderer Studien dahingehend, dass „die ehemalige starke organisatorische und politische Präsenz linker Strömungen an Hochschulen heute noch als relative kulturelle Hegemonie nachwirkt“, dass dieses „Linkssein“ allerdings tendenziell „zu einer Frage der oberflächlichen Konvention mit einem entsprechend wachsenden Grad an Unverbindlichkeit“ (ebd.) wird.
- 4 Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung, 1998, zit. nach: Keller, Andreas: Hochschulreform und Hochschulrevolte, 2000.

Kritik der Universität

Die heutige Universität ist eine Institution mit der unerklärten, aber deshalb nicht weniger verbindlichen Aufgabe, Reflexion zu verhindern. Das ist die Zuspitzung, die der traditionelle Auftrag der Universität, Erkenntnis zu verhindern, mittlerweile erfahren hat.

VON ULRICH ENDERWITZ*

Die traditionelle Universität als Erkenntnisverhinderungsanstalt entsprach dem Bedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft nach der Neutralisierung von Interessen, Ideen und Intentionen, die sich gegen die bestehende Ordnung richteten und auf mehr oder minder revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft drängten. Dreh- und Angelpunkt dieses Erkenntnisverhinderungsauftrags war der Wahrheitsbegriff. Wahrheit im Verein mit dem Quellenbegriff als empirischem Bewahrheitungskonzept garantierte, daß keine Version der vergangenen und gegenwärtigen Wirklichkeit Geltung erlangte, die nicht zuvor von Status quo-widrigen Interessen und Absichten gereinigt beziehungsweise auf die im Status quo objektivierten Interessen und Absichten vereidigt worden war. Es ist weiß Gott kein Zufall, daß die Entstehung der heutigen Universitäten zeitgleich war mit der Entstehung der gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichteten modernen sozialkritischen Bewegungen.

Die heutige Universität als Reflexionsverhütungsinstitut entspringt dem Bedürfnis der universitären Betroffenen selbst, Professoren/innen wie Studenten/innen, sich über die reale Situation und Funktionslosigkeit der Universität keine Rechenschaft zu geben. Dreh- und Angelpunkt dieses Reflexionsverhütungsbedürfnisses ist der Bildungsreformbegriff. Ursache für diese neue Situation ist die Zer-

schlagung der traditionellen Universität mit ihrer erkenntnisverhindernden Wahrheitsideologie und ihre Umfunktionierung in ein Instrument staatlicher Arbeitsmarktpolitik. Der Vorgang findet Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre statt, und die sogenannte Studentenbewegung spielt dabei den nützlichen Idioten, der die alte Ordinarienuniversität für staatliche Eingriffe öffnet. (Das soll nicht heißen, daß der alten Universität auch nur eine Träne nachgeweint werden müßte.)

Am Ende der Nachkriegs-aufbauphase, Mitte der sechziger Jahre, treten in der BRD die ersten Absatzkrisen auf und schließt sich zum ersten Mal der spätkapitalistische Teufelskreis einer Arbeitslosigkeit, gegen die als Heilmittel exportorientiertes Wirtschaftswachstum aufgeboten wird, dessen Hebel die Rationalisierung ist, die wiederum neue Arbeitslosigkeit schafft. Angesichts der sich ankündigenden Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt beschließt der Staat, da seine Kassen von den fetten Nachkriegsjahren noch gut gefüllt sind, die Bildungsreform, für die es zwar viele gute Pseudogründe gibt, deren einziger wirklicher Grund aber die Schaffung einer Parkstation oder eines Verschiebebahnhofs für jugendliche potentielle Arbeitslose ist.

Voraussetzung für diese Umfunktionierung der Universität ist die Erledigung ihrer ideologischen Funktion.

Als akademische Erkenntnisverhinderer, sprich, als Geisteswissenschaftler, wird die Intelligenz nicht mehr gebraucht. Die großen gesellschaftlichen Aufbruchsbewegungen scheinen am Ende, der Status quo scheint fest genug verankert; die Ikone akademischer Erkenntnis, der Wahrheitsbegriff hat ausgedient; danach kräht heute kein Hahn mehr, geschweige denn ein Professor.

Seit der sogenannten Studentenbewegung und der anschließenden Universitätsreform ist die Intelligenz nicht mehr als Intelligenz an der Universität, sondern als überflüssige Arbeitskräfte, als potentielle Arbeitslose. Kein/e Student/in und auch kein/e Professor/in, sofern er/sie sich noch irgend als Teil des akademischen Betriebes versteht, ist zynisch genug, diese durch die staatliche Verwandlung der Universität in ein Arbeitsmarktinstrument geschaffene neue Situation sehenden Auges zu akzeptieren. Aber das Leben an der Universität ist schließlich nicht das schlechteste und, verglichen mit der Situation draußen in der Gesellschaft, nach wie vor höchst erhaltenswert.

Hier fangen die Rationalisierungen an. Man tut so, als hätte man noch eine intellektuelle Aufgabe an der Universität, simuliert einen der Akademie von der Gesellschaft erteilten Auftrag. Man betreibt permanente Reform, man doktert unablässig an Formen und Inhalten des Studiums, an Studiengängen und Studienper-

*) Ulrich Enderwitz lebt in Berlin. Seine Schriften sind im Freiburger Ça ira-Verlag erschienen.

spektiven herum, obwohl der gesellschaftliche Bezugspunkt, die Berufsfelder, sich längst verkrümmelt haben und die Inhalte nichts weiter mehr sind als das positivistisch verwaltete Kulturerbe. Gegen ihre Wirklichkeit, Stauraum für von der Gesellschaft nicht gebrauchte Jugend, potentielle Arbeitslose, zu sein, geriert sich die Universität unverändert als Ausbildungsstätte und kompensiert ihr heimliches Unbehagen an dieser Lebensläge durch fieberhaftes Reformieren.

Das hat das Pikante, daß sie sich in diesem Punkte mit dem Staat trifft, der am gleichen Strang zieht, wenn auch in entgegengesetzte Richtung. Auch der Staat will Studiengänge und Lehrinhalte verbessern, aber nicht, um eine nicht mehr gebrauchte Intelligenz für nicht vorhandene Aufgaben zu rüsten, sondern um die Universität zusammenzustauen und die geisteswissenschaftliche Ausbildung auf die paar Aufgaben reklame-technischer und medialer Natur zu reduzieren, bei denen die bürgerliche Gesellschaft die Intelligenz noch brauchen kann. Dem Staat geht wirtschaftskrisenbedingt das Geld aus und sein Arbeitslosenstauraum wird ihm zu teuer.

Als institutionalisierte gesellschaftliche Gruppe sind die Akademiker/innen eine ganz normale gesellschaftliche Interessengruppe, die bestrebt ist, sich ihre Privilegien zu bewahren, sich die relativen Vorteile, die der



Foto: Lisl Ponger, Juli 2001

Staat ihr im Zuge seines als arbeitsmarktpolitische Maßnahme erkennbaren Ausbaus des Bildungssystems gewährt hat, zu erhalten. Aber weil die Gruppe nicht zynisch ist, versteckt sie ihr profanes Interesse an der Erhaltung ihres ökonomischen Status quo hinter der als permanenten Reformeifer zelebrierten ständigen Suche nach besserer Ausbildung, fortschrittlicheren Inhalten.

Im Rahmen der Universität geübte Intelligenz ist unter den derzeitigen Umständen hoffnungslos korrupt. Gesellschaftskritik hat unter diesen Umständen, soweit sie nicht praktisch zu werden, sich politisch zu organisieren, vermag, soweit sie also nolens volens theoretisch bleibt, nur als reine Privatsache eine Chance.



Treffericher

nimmt die schwarzblaue Regierung SchülerInnen, Studierende, ArbeiterInnen, Erwerbstätige, Arbeitslose und PensionistInnen ins Visier. Dies alles ist aber kein Versehen sondern politische Zielstellung. Die schwarzblaue Regierung setzt die neoliberale Politik des Sozialabbaus der ehemaligen SPÖ-ÖVP-Regierungen in neuer Radikalität fort.

Der Sozialstaat ist finanzierbar

Der Sozialstaat ist finanzierbar

- ... wenn die 70 Mrd. Schilling Steuerschulden der Unternehmer eingetrieben werden!
- ... wenn Profite und Vermögen wie im EU-Durchschnitt versteuert werden!
- ... wenn das Privatstiftungsgesetz aufgehoben wird!
- ... wenn der Steuersatz für Spitzenverdiener, jene die mehr 1.000.000 brutto pro Jahr verdienen, angehoben wird!

Gegen Sozialabbau und Rassismus!

KPO
www.kpoe.at

Vergessene Interkulturalität

Die Übersetzerschule von Toledo

In den aktuellen Bildungsdiskussionen wird immer wieder auf die Brauchbarkeit oder Verwertbarkeit von Studien hingewiesen. Hier ein kurzes Plädoyer für die in diesen Diskussionen geschmähten „Orchideenstudien“.

VON MANFRED GMEINER

Die heutige Bildungspolitik ist von Schlagworten der Nützlichkeit, Brauchbarkeit und Verwertbarkeit der Bildung geprägt. Auch die konkreten Umgestaltungen gehen ganz in diese Richtung. Die Studienzeit soll kürzer werden und die Universitäten sollen sich durch Kooperationen mit der Wirtschaft finanzieren. Das ist bei einigen Studien sicher möglich, doch was ist mit den anderen Studien? Die PolitikerInnen werden da durchwegs deutlich. „Orchideenstudien werden wir uns nicht leisten können“, „Byzantinistik braucht man net“ ist da zu hören.

Leider schlagen da jene Kritiken, die sich auf den Nutzen, den der Staat aus der Bildungspolitik zieht, konzentrieren, in die selbe Kerbe. Die Philosophie müsse endlich praktisch werden. Heißt das endlich selbst die Herrschaft ergreifen? Bei Freerk Huiskens in Context XXI 7-8/2000 klang es ganz so. Mit der Sicherheit der wahren Erkenntnis wird beklagt, daß diese nicht direkt zur Anwendung komme. Daß WissenschaftlerInnen in ihrer Forschung zu verschiedenen Ergebnissen kommen können sei lächerlich und Pluralismus überhaupt ein Greuel. Daß Studieren im Erwerb von verwertbarem Wissen besteht, ist auch hier unhinterfragt. Byzantinistik hat in diesem Konzept wohl auch keinen Platz.

In dieser Diskussion wäre es gut, sich einer Wissen-

schaftseinrichtung zu erinnern, die lange vor der Entstehung der Nationalstaaten und der heutigen Universitäten existierte: die Übersetzerschule von Toledo, die 1216 gegründet wurde. Leider sind über diese Schule nicht mehr viele Informationen erhalten, da die Inquisition nicht nur die Schule, sondern auch die Dokumente zerstörte. Das Wesentliche der Schule bestand wohl in ihrer Interkulturalität. In Toledo, das bereits seit 1085 wieder unter christliche Herrschaft fiel, konnte sich trotzdem die arabische und jüdische Struktur erhalten. In Toledo lebten Muslime, Juden und Christen friedlich in einer offenen Gesellschaft zusammen. Das Projekt der Übersetzerschule bestand darin, die bedeutendsten Werke der Klassik zu übersetzen. Es wurden Werke griechischer Philosophen, die teilweise nur mehr in ihrer arabischen Übersetzung vorhanden waren, in Romance und von Romance ins Lateinische übersetzt. Andererseits wurden Werke bedeutender arabischer und jüdischer Philosophen übersetzt. Dabei ging es bei der Übersetzung nicht nur um eine sprachliche Übertragung, um die Texte der Sprachen nicht kundigen Personen zugänglich zu machen, sondern um Verständlichmachung der aus anderen Kulturkreisen stammenden Texte. Die Texte wurden nicht nur in ihrem Kontext erforscht, sondern mit den

Texten arabischer und jüdischer Philosophen konfrontiert. Diese Auseinandersetzung mit dem Denken war einzigartig, man konzentrierte sich keineswegs nur, wie in anderen Zentren des Wissens dieser Zeit auf mathematische Erkenntnisse der Griechen und geographische und nautische Kenntnisse der Araber, die für die Bedürfnisse der Gesellschaft verwertbar waren.

In einer Zeit, in der der Wahrheitsanspruch, die Fortschrittsgläubigkeit und die Erkenntnisgewißheit der Moderne nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, kann dieser interkulturelle Austausch eine Anregung sein. Wenn man nicht gleichzeitig den Anspruch auf Vernunft und Erkenntnis überhaupt aufgibt und das Denken der Beliebigkeit überantwortet, wie dies in manchen postmodernen Philosophien geschieht, sich aber der Bedingtheit jeder Erkenntnis bewußt ist, kann Vernunft nur im Austausch, in der Übersetzung im oben genannten Sinn, durch Überschreitung der eigenen Weltanschauung, gesucht werden. Das, denke ich, sollte auch Aufgabe der Bildung sein und ich kann mir kein Fach vorstellen, das für den/die es studiert, nicht einen Beitrag dazu leisten könnte. Und wenn man/frau nachher weder für die Wirtschaft zu gebrauchen ist, noch für die Weltrevolution, so ist man/frau wenigstens vernünftiger geworden.

Pierre Bourdieu: Gegenfeuer 2

Bourdieu schließt in „Gegenfeuer 2“ nahtlos an die im 1998 veröffentlichten Aufsatzband „Gegenfeuer“ entwickelte Kritik am neoliberalen Diskurs an und versucht auf politischer Ebene Gegenstrategien zu entwickeln. Der Untertitel „Für eine europäische soziale Bewegung“ ist identisch mit dem ersten Beitrag und lässt sich als politische Programmatik interpretieren.

Um eine emanzipatorische Politik zu verfolgen, bedarf es einiger Grundsätze, die jede Sozialbewegung zu berücksichtigen hat: „Schluss mit nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Partikularismen; [...] Schluss auch mit einem immer nur auf Harmonie ausgerichteten Denken [...]. Schluss mit dem ökonomischen Fatalismus [...]“ (20) Als Ziel bleibt für Bourdieu die „Schaffung eines vereinigten Europäischen Gewerkschaftsbundes“ (24), der ImmigrantInnen ebenso wie „die Arbeitslosenbewegung in vollem Umfang einbezieht“ (26), da nur eine transnational koordinierte und agierende Sozialbewegung imstande ist, transnational agierenden Unternehmen wirksam entgegenzutreten.

Im Artikel „Für eine engagierte Wissenschaft“ entwickelt der Soziologieprofessor seine Überlegungen für eine emanzipatorische politische Praxis weiter und reflektiert insbesondere die Rolle der Wissenschaften.

Bourdieu schreibt den Intellektuellen, zu denen er KünstlerInnen, SchriftstellerInnen und WissenschaftlerInnen zählt, eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus zu. Die Aufgabe der Intellektuellen umfasst mehrere Bereiche. Zunächst geht es darum, „den herrschenden Diskurs einer logischen Kritik [zu] unterziehen, die in erster Linie beim Vokabular anzusetzen hätte („Globalisierung“, „Flexibilität“ usw.) und bei seinen einschlägigen Argumentationsmustern und wiederkehrenden Metaphern.“ (37) Dabei geht es darum, diskursanalytisch aufzuzeigen, warum Begriffe wie Flexibilität, Globalisierung oder Deregulierung keine absoluten Werte sind, sondern ganz im Gegenteil Verschleierungsstrategien von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen. Die zweite Aufgabe der Intellektuellen liegt darin, „den Leidtragenden der Auswirkungen neoliberaler Politik [...] vor Augen [zu] führen, dass ihre Erfahrungen, die vielleicht auf den ersten Blick wenig gemeinsam haben, dass auch die nationalen oder internationalen Entwicklungen schließlich Wirkungen ein und derselben Ursache sind.“ (38) Das Aufzeigen von neoliberalen Auswirkungen auf individuelle Lebenszusammenhänge ermöglicht es den Betroffenen, aus ihrer Isolation auszubrechen und damit politisch

und solidarisch handlungsfähig zu werden.

Bourdieu bleibt in seinen Beiträgen konkrete politische Strategien aber schuldig. Damit ist er nicht alleine. Die Ratlosigkeit darüber, wie der hegemonialen neoliberalen politischen Praxis wirkungsvoll entgegenzutreten wäre, ist für eine den sozialen und politischen Rechten des Individuums verpflichtete Widerstandsbewegung gegenwärtig charakteristisch, und auch Bourdieu gelingt es nicht, einen großen Schritt vorwärts zu machen.

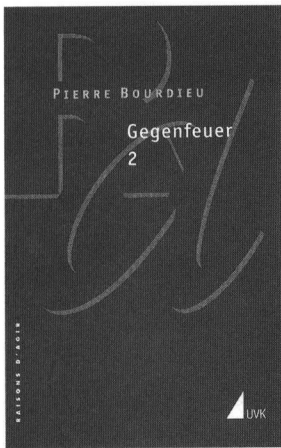
Neben der Formulierung politischer Strategien gegen den Neoliberalismus beschäftigen sich weitere Aufsätze mit der Analyse der Konsequenzen neoliberaler Politik in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Einer der interessantesten Beiträge des Sammelbandes befasst sich mit den neoliberalen Auswirkungen auf den kulturschaffenden Sektor.

In „Kultur in Gefahr“ geht Bourdieu von einer historischen Analyse der Emanzipation des kulturellen Feldes aus. Der Soziologe ruft in Erinnerung, dass die Künste einige Jahrhunderte kämpfen mussten, um sich als autonomer gesellschaftlicher Bereich zu etablieren: „Die bildenden Künstler haben fast fünfhundert Jahre benötigt, um die sozialen Bedingungen zu erkämpfen, die einen Picasso möglich gemacht haben. Sie mussten – das weiß man, wenn man die

Im Mai 2001 ist Pierre Bourdieus „Gegenfeuer 2“ in deutschsprachiger Übersetzung erschienen. Der Band enthält insgesamt elf Beiträge, die der am Collège de France lehrende Soziologe zwischen Juni 1999 und Jänner 2001 publiziert oder referiert hat.

VON WOLFGANG SCHMID*

*) Wolfgang Schmid studierte Philosophie und Ethnologie und lebt nach längerem Frankreichaufenthalt als freier Publizist in Wien.



Pierre Bourdieu: Gegenfeuer 2
Für eine europäische soziale
Bewegung, Universitätsverlag
Konstanz 2001, Br., 132 Seiten,
DM 15,80, öS 115,-

Verträge liest – sich auf wahre Kämpfe mit ihren Auftraggebern einlassen, um zu erreichen, dass ihr Werk nicht mehr nur wie ein simples Produkt behandelt wurde, dessen Wert nach der Größe der bemalten Fläche und dem Preis der verwendeten Farben bemessen wurde; sie mussten für das Recht kämpfen, ihre Arbeiten zu signieren, also darum, als deren Schöpfer zu gelten. Und sie mussten um das Recht kämpfen, die Farben, die sie verwenden wollten, selbst auszuwählen und sie so zu verwenden, wie sie selbst es wollten.“ (88f.)

Ähnliche Entwicklungen sind für die Bereiche der Schriftstellerei, der Musik und, im 20. Jahrhundert, der Filmproduktion charakteristisch. Auch hier bedurfte es politischer Anstrengungen, um einen einigermaßen au-

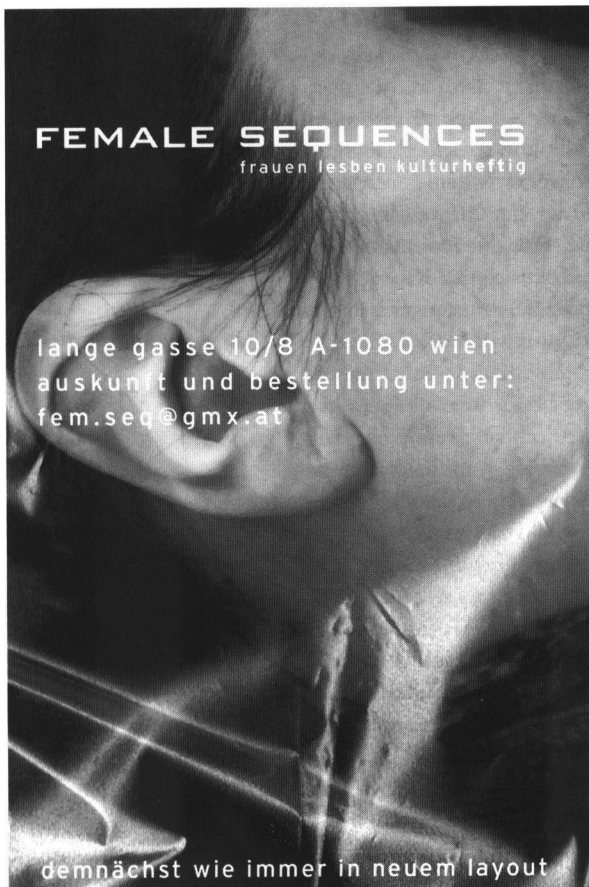
tonomen Gesellschaftssektor zu erkämpfen. Diese geschichtlichen Bedingungen sind ins Gedächtnis zu rufen, um den neoliberalen Angriff auf das künstlerische Feld richtig einordnen zu können: „Doch das, was den künstlerischen Produktionssphären heute in allen modernen Industriegesellschaften widerfährt, ist etwas völlig Neues, etwas so nie Dagewesenes: dass nämlich die gegenüber den ökonomischen Zwängen hart erkämpfte Unabhängigkeit der Produktion und Verbreitung von Kultur durch das Eindringen der Marktlogik auf allen Ebenen der Herstellung und Zirkulation kultureller Güter in ihren Grundlagen bedroht ist.“ (83) Die neuen Kriterien, die durch die Marktlogik im kulturellen Feld Einzug halten, lauten Einschaltquoten, Verkaufszahlen, Bestsellerlisten, Hitparaden. Medialer und finanzieller Erfolg wird mit künstlerischer Qualität gleichgesetzt und umgekehrt behauptet, dass Qualität in der Kunst auch immer Erfolg haben wird. Nach Bourdieu entwickelt sich dabei eine „Zensur des Geldes“ (85) und eine Profitlogik, die den gesamten Globus als Absatzmarkt von Kunstprodukten im Visier hat. Um am Weltmarkt erfolgreich zu verkaufen, bedarf es aber ästhetischer Kriterien, die von möglichst vielen Menschen geteilt werden und somit über sozial und kulturell unterschiedlich geprägte Wahrnehmungs- und Erlebnisformen hinaus allgemein verständlich sind. „Die Kitschprodukte der kommerziellen »Globalisierung«, wie etwa die Filme eines am Massenpublikum orientierten Spezialeffekte-Kinos“ (91) erfüllen diese Rahmenbedingungen

am Besten. Am Beispiel der Hollywood-Filmproduktion lassen sich die Konsequenzen gut veranschaulichen. Hollywood verfügt nicht nur über das meiste Kapital zur Filmproduktion, sondern mit seiner weltweiten Verbreitung wird auch die Ästhetik Hollywoods zum hegemonialen Maßstab.

Diesem kulturellen Imperialismus gilt es ebenfalls entgegenzutreten und „Sand ins Getriebe“ – so lautet ein weiterer Artikel des Sammelbandes – der am Profit orientierten Medienkonzerne zu streuen.

Resümierend lässt sich sagen, dass in den elf Beiträgen die neoliberale Politik und ihre Konsequenzen von verschiedenen Seiten beleuchtet werden, und Bourdieu Gegenstrategien zu entwickeln sucht. Allerdings schafft es der Autor leider nicht, eine abgerundete Analyse der neoliberalen Ideologie mit den durch die neoliberale Politik hervorgerufenen historischen und sozialen Veränderungen zu verbinden.

Vielleicht hängt das Fehlen einer umfassenden Analyse des Neoliberalismus auch damit zusammen, dass sich Bourdieu in seiner wissenschaftlichen Arbeit eigentlich anderen Forschungsschwerpunkten zugewandt hat. Der Soziologe hat sich für eine strategisch weitgehend orientierungslose politische Linke in den letzten Jahren zum Starintellektuellen entwickelt und scheut es nicht, zu allen möglichen Themen medial Stellung zu beziehen, ohne immer die entsprechende Fachkompetenz aufzuweisen. Seine Person ist somit zum Teil selbst Produkt einer Mediengesellschaft, die er eigentlich kritisiert.



Sanktionen gegen Österreich und den Iraq

Wenn Rüdiger Göbel, der Chefredakteur der ehemaligen FDJ-Tageszeitung „Junge Welt“ gemeinsam mit Joachim Guilliard und Michael Schiffmann ein Buch über die UN-Sanktionen und die US-Europäische Kriegspolitik gegen den Iraq herausgibt, findet dieses antiimperialistische Triumvirat sehr unterschiedliche Artikel mit sehr unterschiedlicher Qualität. Meine anfängliche Freude, endlich eine umfangreichere Publikation zu diesem Thema aus einem linken Verlagshaus lesen zu können, ließ im Zuge der Lektüre des Bandes schrittweise nach. Während einige Beiträge, wie jener von Noam Chomsky, oder jene, über die katastrophalen gesundheitlichen Auswirkungen der Angriffe mit Geschossen aus angereichertem Uran und der folgenden Sanktionen, von Ulrich Gottstein und Joachim Guilliard mit durchaus interessanten Analysen und Fakten aufzuwarten haben, stellen wiederum die Beiträge von Rüdiger Göbel, Ramsey Clark, Ali Mansoor und John Pilger diese in einen Kontext, der selbst die interessanten Beiträge entwertet.

Die AutorInnen schaffen es dabei, in einem über 230 Seiten starken Band auf jede Kritik am Bath-Regime Saddams Hussein zu verzichten. Lediglich die Giftgasangriffe auf die kurdische Bevölkerung im Nordirak werden erwähnt um zu beweisen, dass damals keinerlei Reaktion des

Westens stattfand, weil ja der Iraq im Krieg gegen den Iran der Verbündete von USA und Co. gegen den islamistischen Iran war. In keinem Wort wird jedoch das totalitäre innenpolitische Regime des Herrschers in Bagdad erwähnt. Nicht einmal die physische Vernichtung der iraqischen Linken, insbesondere einer der stärksten kommunistischen Parteien der arabischen Welt, wird in dem Buch, das immerhin von angeblichen Kommunisten herausgegeben wird, auch nur erwähnt, geschweige denn, dass auch nur ein einziges Mitglied einer iraqischen Oppositionsgruppe zu Wort kommen könnte.

Ganz im Gegenteil, Rüdiger Göbel kritisiert, dass Kadhim Habib auf Einladung der „grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin über Menschenrechtsverletzungen im Irak“ reden durfte und dort meinte: „Jährlich würden mehrere hundert Menschen hingerichtet, vermeintliche oder tatsächliche Angehörige der Opposition, Angehörige des Militär- und Sicherheitsapparats sowie Menschen, denen illegale wirtschaftliche Transaktionen vorgeworfen werden. Anderen irakischen Opfern widmete er weniger Aufmerksamkeit“, nämlich den Opfern der UN-Sanktionen.

Folglich darf dann auch Ali Mansoor unkommentiert schildern, weshalb denn das „iraqische Volk“ seinen Schlächter so sehr liebt:

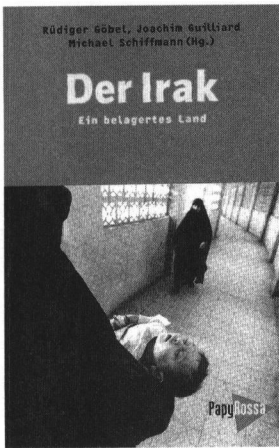
„Saddam Hussein hat sehr viel für den Irak getan, er hat das irakische Öl verstaatlicht und dem Land zu Prosperität verholfen. In den 70er Jahren war der Irak ein Paradies. Für einen Dinar mußte man 3,8 US-Dollar zahlen. [...] Die Bevölkerung leidet der Sanktionen wegen und nicht wegen Saddam Hussein.“ (S. 86)

Und was wäre schließlich ein deutsches Iraq-Buch, würde es nicht dem Saddamschen Propagandatrick auf den Leim gehen und die iraqische Situation mit der Situation der Palästinenser unter israelischer Herrschaft in Verbindung bringen? John Pilger fragt etwa: „Warum gibt es keine Sanktionen gegen Israel, das einen großen Teil Palästinas besetzt hält und beinahe täglich den Libanon angreift?“ (S. 165) und der zum Antiimperialisten gewandelte ehemalige US-Außenminister Ramsey Clark nimmt für die Beschreibung der Sanktionen und des Kriegs gegen den Iraq gleich Anleihen bei der Shoah, wenn er meint, es habe im Iraq „einen planvollen, systematischen Völkermord an einer wehrlosen Bevölkerung“ gegeben „wobei die Täter kaum einen Fuß auf irakischen Boden setzen mußten.“ (S. 56)

Wen wundert es da noch, daß zum Abschluss Joachim Guilliard schließlich noch meint, dass „das kleine Österreich bisher der einzige westliche Industriestaat [war]

Wenn sich ein Thema der deutschsprachigen Linken erfolgreich in den Mainstreamdiskurs fortpflanzt ist allein schon deshalb Vorsicht angesagt. Was dabei herauskommt wenn sich deutsche AntiimperialistInnen mit dem Iraq solidarisieren hätte eigentlich ohnehin vermutet werden können: ein schlechtes Buch.

VON THOMAS SCHMIDINGER



Rüdiger Göbel, Joachim Guillard, Michael Schiffmann (Hg.):
Der Irak. Ein belagertes Land
ISBN 3-89438-223-6
Köln, 2001, PapyRossa Verlag
Preis: 14,32 Euro

der unter einem Embargo zu leiden hatte“ (S. 218). Und wen wundert es weiter, dass ausgerechnet Österreich seit einem Jahr wieder eine Außenstelle der Bundeswirtschaftskammer in Bagdad eröffnet hat. Bei so viel gemeinsamem Leiden...

Daß die UN-Sanktionen gegen den Irak nicht zum Sturz Saddam Husseins führen - und vermutlich gar nie führen sollten - sondern nur die einfache Bevölkerung unter ihnen zu leiden hat, sollte Grund genug sein, diese aufzuheben. Ich bezweifle aber, dass es humanitäre Anliegen sind, die ausgerechnet Österreich und Deutschland zum Fürsprecher des Irak innerhalb der „westlichen Wertegemeinschaft“ gemacht haben. Immerhin leistet die deutsche Linke mit solchen Publikationen ihren bescheidenen ideologischen Beitrag dazu, dass die Ölgeschäfte mit Bagdad wieder ins Rollen kommen können.



Die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit bietet gemeinsam mit dem Internationalen Zivildienst Schulen ab der 8. Schulstufe (Hauptschule, AHS, BHS) antimilitaristische Unterrichtseinheiten an.

Gemeinsam mit den SchülerInnen diskutieren und erarbeiten wir die Themenbereiche Wehrpflicht, Wehr- und Zivildienst, Neutralität und Nato, Gewaltfreie Konfliktlösung und Bundesheer. Je nach Anforderung gestalten wir eine Diskussionseinheit und eine Beratungseinheit.

Videos, Overheadfolien und Broschüren helfen uns, die Inhalte zu vermitteln.

Die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit ist seit 1977 in der Wehr- und Zivildienstberatung tätig. Als gemeinnütziger Verein verfügt die Arge mit der Rechtsberatung und der ZivildienstberaterInnenschulung über die erfahrensten nichtstaatlichen MitarbeiterInnen.



Wir bitten Sie, sich für eine Terminvereinbarung an **Christian Mokricky**, unter der Telefonnummer **01-5359109** oder e-mail **argewdv@utanet.at** zu wenden.

Veranstaltungshinweis

Israel und die Linke

Veranstaltet vom Kritischen Kreis
und der Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft

23. Oktober 2001, 20 Uhr
Neues Institutsgebäude, Hörsaal 2,
Universitätsstraße 7, 1010 Wien

Margit Reiter (Wien):

Der Antizionismus der österreichischen Linken

Horst Pankow (Berlin):

Solidarität mit Israel –

Gegen die völkische Konterrevolution

Moderation: Stephan Grigat

Never ending story II

Israel und die Linke in Österreich

Darf man über linken Antisemitismus schreiben, wenn man weiß, dass die Rechte die Existenz solch eines Antisemitismus zur Entschuldigung und Verharmlosung der eigenen, mal impliziten, mal expliziten Vernichtungsdrohungen gegenüber Jüdinnen und Juden benutzt? Herbert Lackner hat diese Frage im Nachrichtenmagazin „profil“ (1.6.2001) in einer Rezension einer Studie über das Verhältnis der österreichischen Linken zu Israel aufgeworfen. Er meint, die Wiener Zeithistorikerin Margit Reiter begeben sich mit ihrer Veröffentlichung auf dünnes Eis, da der FPÖ-Generalsekretär Peter Sichrovsky regelmäßig versuche, den Antisemitismus Jörg Haider mit dem Hinweis auf die Existenz eines linken Antisemitismus zu behübschen. Auch Haider selbst hat in einem Gastkommentar für die regierungsnahen Tageszeitung „Die Presse“ gemeint, niemand habe das Recht, ihn einen Antisemiten zu nennen und gleichzeitig zu den Aussagen des früheren SPÖ-Innenministers Karl Blecha, der heute Präsident der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen ist und sich in jüngster Zeit durch verbale Angriffe auf Israel und „den Zionismus“ hervorgetan hat, zu schweigen.

Lackner weist damit auf ein reales Problem hin. Linke Kritik an der Linken ist nie davor gefeit, von der Rechten instrumentalisiert zu werden. Das kann aber nicht

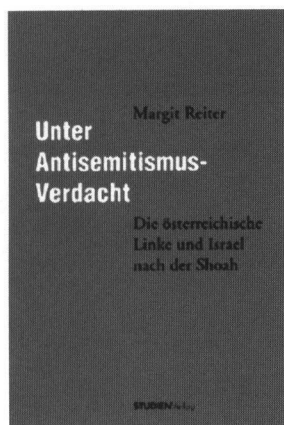
zum Vorwand genommen werden, diese Kritik zurückzuhalten. Linke Kritiker und Kritikerinnen können derartigen Instrumentalisierungen zumindest partiell vorbeugen. Zum einen dadurch, dass sie sich bei aller sachgemäßen Polemik in der Kritik am Antisemitismus in der Linken über die zwar nicht immer, aber doch in der Regel vorhandenen Differenzen zum Antisemitismus der Rechten bewusst bleiben; zum anderen dadurch, dass die Gründe für den linken Antisemitismus in einer mangelnden Radikalität der linken Gesellschaftskritik ausgemacht werden. Ersteres schafft Margit Reiter in ihrer Studie mit dem etwas reißerischen Titel „Unter Antisemitismus-Verdacht“ sehr gut, zweiteres kaum.

Die Masche von Haider, Sichrovsky und Co., mit dem Hinweis auf antisemitische Tendenzen in der Linken den eigenen Antisemitismus zu entschuldigen, ist keineswegs neu. Reiter führt in ihrer Studie ähnliche Beispiele aus den siebziger Jahren an, als der Kolumnist Staberl in der Boulevardzeitung „Krone“ die antizionistische Diktion linker Gruppierungen geißelte und in diesem Zusammenhang von „Faschisten in der SPÖ“ sprach. Dass es Reiter weder um simple Denunziation der Linken noch um eine Instrumentalisierung der Beschäftigung mit Antisemitismus in sich selbst als emanzipatorisch verstehenden Kreisen geht, wird in ihrer Arbeit mehr als deutlich. Sie

skizziert das Verhältnis der österreichischen Linken zu Israel entlang der zentralen politischen Ereignisse im Nahen Osten. Von der Staatsgründung 1948 bis zum Golfkrieg und dem sogenannten Friedensprozess in den neunziger Jahren werden die Veränderungen und Ambivalenzen in diesem Verhältnis vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit aufgezeigt. Die KPÖ, deren Antifaschismus bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit dadurch konterkariert wurde, dass sie die Vernichtung der Gauakten forderte, damit, wie es hieß, „für die große Masse der ehemaligen kleinen Nazimitläufer ein Schlußstrich unter die Vergangenheit“ gezogen werden könne, findet ebenso Beachtung wie die Neue Linke, autonome Gruppierungen und Antiimperialisten mit ihrer fast schon gewohnheitsmäßigen Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Massenmord. Die KPÖ hatte, den sowjetischen Vorgaben stets treu Folge leistend, 1948 die israelische Staatsgründung kurzzeitig unterstützt, was Reiter zufolge allerdings weniger als Parteinahme für Israel gewertet werden kann, sondern sich eher gegen den britischen und amerikanischen Imperialismus richtete. Bis 1967 existierte bei der KPÖ noch eine gewisse Distanz zur PLO, nach Reiter allerdings nicht so sehr wegen deren israelfeindlichen Positionen, sondern eher wegen der in den Augen der KP

Margit Reiter hat eine umfassende Studie über Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken vorgelegt.

VON STEPHAN GRIGAT



Margit Reiter: Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah. Studien-Verlag, Innsbruck 2001, 515 Seiten, 84,- DM, öS 592,-

zu ausgeprägten Orientierung an China. Von den siebziger bis in die neunziger Jahre hinein waren die Parteikommunisten und -kommunistinnen dann, trotz ihres vergleichsweise konsequenten Engagements gegen offenen Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft, eine der zuverlässigsten antizionistischen Kräfte in Österreich.

Bei der SPÖ, die von Reiter besonders ausführlich behandelt wird (dem Langzeit-Bundeskanzler Bruno Kreisky ist ein eigenes Kapitel gewidmet), fällt es schwer, verallgemeinerbare Aussagen bezüglich ihres Verhältnisses zu Israel zu machen, da die Sozialdemokraten sowohl einen pro-palästinensischen als auch einen pro-israelischen Flügel in der Partei haben, und SPÖ-Mitglieder in der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen ebenso eine zentrale Rolle gespielt haben und spielen wie in der Österreichisch-Israelischen Freundschaftsgesellschaft. Reiter, die auch auf die Übergänge zwischen Philosemitismus und Antisemitismus hinweist, versucht die unterschiedlichen Kräfte in der SPÖ kenntlich zu machen und verweist auf die Tradition eines sozialdemokratischen Antisemitismus in der Zeit vor dem Nationalsozialismus. Eines der eindrucksvollsten Beispiele für solch eine Tradition ist der sogenannte Sever-Erlaß, mit dem der sozialdemokratische Landeshauptmann Albert Sever 1919 versuchte, die Ausweisung von osteuropäischen jüdischen Kriegsflüchtlings voranzutreiben – ein Versuch, gegen den damals nur die weitgehend marginalisierten Kommunisten und

Kommunistinnen ernsthaft protestierten.

In der Studie werden die Veränderungen beschrieben, die sowohl der Zionismus als auch der Antizionismus im 20. Jahrhundert durchgemacht haben. In diesem Zusammenhang wird auf Auschwitz als historische Zäsur verwiesen. Reiter zitiert dankenswerterweise Isaac Deutscher, neben Erich Fried lange Zeit einer der beliebtesten Kronzeugen antizionistischer Linker in Deutschland und Österreich, der in den fünfziger Jahren notierte: „Meinen Antizionismus, der auf meinem Vertrauen in die europäische Arbeiterbewegung basierte, oder, allgemeiner, auf meinem Vertrauen in die europäische Gesellschaft und Zivilisation, habe ich natürlich längst aufgegeben, denn diese Gesellschaft und diese Zivilisation haben es Lügen gestraft. Wenn ich in den zwanziger und dreißiger Jahren, statt gegen den Zionismus anzugehen, die europäischen Juden aufgefordert hätte, nach Palästina zu gehen, hätte ich womöglich geholfen, einige Menschenleben zu retten, die später in Hitlers Gaskammern ausgelöscht wurden.“

Reiter, die ihre Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit der österreichischen Situation immer im Vergleich zu den Debatten in der BRD diskutiert, ist in ihren Ausführungen teilweise dermaßen um Differenziertheit bemüht, dass ihre Kritik mitunter sehr zurückhaltend anmutet. Bei ihrem Bemühen, Gründe für die Existenz eines antisemitisch eingefärbten Antizionismus in der Linken anzugeben, kommt sie zwar auf die Mängel linker Faschismustheorien zu sprechen, schafft es aber kaum,

einen Zusammenhang zwischen linkem Antisemitismus und den vorherrschenden linken Vorstellungen von Nation, Kapital und Staat herzustellen. Dennoch hat sie mit ihrem Buch eine ebenso umfang- wie hilfreiche Dokumentation vorgelegt, in die sich zwar ein paar Ungenauigkeiten eingeschlichen haben, die der Darstellung wie der Argumentation aber kaum Abbruch tun. So hat beispielsweise die Flugzeugentführung nach Entebbe nicht unter aktiver „Beteiligung westdeutscher RAF-TerroristInnen“, sondern unter Beteiligung zweier RZ-Mitglieder stattgefunden und die Revolutionäre Kommunistische Liga ist mittlerweile keine trotzkistische, sondern eine ex-trotzkistische Gruppierung. Das die Studie prägende Bemühen um Differenziertheit wird an einigen Stellen aufgegeben. So wird beispielsweise die Marxistische Gruppe mit der Initiative Neue Linke, die Lobgesänge auf Saddam Hussein verfaßt hat, die Tätowierung von Aids-Kranken fordert und tatsächlich nur auf Grund ihres Namens zur Linken gerechnet werden kann, in einen Topf geworfen.

Reiter, die am Institut für Zeitgeschichte in Wien arbeitet, hat Pech, dass sie ihr Buch vor der sogenannten Al-Aksa-Intifada fertiggestellt hat. Natürlich hat die Eskalation in Israel auch in Österreich erneut zu einem Aufblühen antizionistischer Agitation geführt. Allerdings können Gruppen wie die Antiimperialistische Koordination, die RKL oder die Universalismusgruppe, die Israel mittlerweile sogar in Anführungszeichen setzen, wenn sie es adjektivisch gebrauchen, bei weitem nicht

mehr auf so große Zustimmung hoffen wie noch in früheren Jahren - und insofern trifft Reiters Feststellung bezüglich der neunziger Jahre, dass „das oft geradezu leidenschaftliche linke Interesse an Israel weitgehend nachgelassen“ hat, bedingt auch für die aktuelle Situation zu. Dennoch ist es in Wien, das sich schon im Frühjahr 1971 mit der Abhaltung der ersten Arbeitstagung von europäischen Palästinakomitees als Hochburg des Antizionismus zu etablieren versucht hat, nach wie vor möglich, daß Antiimps wie im Vorjahr gemeinsam mit islamistischen Gruppen Anti-Israel-Demos durchführen, bei denen nach Augenzeugenberichten Transparente mitgeführt wurden, auf denen die Fragen aufgeworfen wurden: „Was will die jüdische Politik? Weltherrschaft?“ Nazis hätten

das auch nicht viel besser formulieren können. Gerade die neuerliche Eskalation des Konflikts in Israel und die Reaktionen der deutschen und österreichischen Linken darauf, haben gezeigt, dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Linken zwar einige der schlimmsten Auswüchse beispielsweise linker Volkstümelei oder Blut- und Boden-Romantik weitgehend zum Verschwinden hat bringen können, dass man aber dennoch keineswegs gewillt ist, Konsequenzen aus dem zumindest halb Erkannten zu ziehen. Das zeigen die gespreizten Äußerungen der Linken zur momentanen Lage in Israel. Dass man das Existenzrecht des Staates der Shoah-Überlebenden nicht in Frage stellen kann, haben die meisten Linken mittlerweile gelernt. In der Regel ist das

Bekenntnis dazu aber ein reines Lippenbekenntnis, da gleichzeitig aberwitzige Forderungen an die israelische Regierung gestellt werden, die, würden sie erfüllt werden, eben gerade die Existenz Israels gefährden würden. Ein sich als linksradikal verstehender Antizionismus ist strenggenommen schon vom Begriff her unsinnig. Wäre die Linke so antinational, wie es sich gehören würde, hätte sie selbstverständlich Schwierigkeiten mit der nationalen Ideologie des Zionismus. Das wäre dann aber nichts besonderes und bräuchte daher auch nicht als Antizionismus proklamiert zu werden. Dass das nichts besonderes wäre, bedeutet aber dennoch nicht, daß Israel ein stinknormaler bürgerlicher Nationalstaat wie alle anderen auch ist – eine Ansicht,

die bei aufgeklärteren Linken, also Antinationalen, beheimatet ist. Ein konsequenter Antinationalismus hätte gerade das Paradox zu gegenwärtigen, daß er das Existenzrecht einer Nation solange verteidigen muß, wie es andere Nationen gibt. Die spezifische Entstehungsgeschichte Israels, ihr unmittelbarer Zusammenhang mit der Shoah und die Einzigartigkeit, mit der weltweit antisemitische Aggressionen am israelischen Staat projektiv abreagiert werden, verbieten es, von Israel als ganz normalem bürgerlichen Staat zu sprechen – auch, wenn sich diese Ansicht wie bei den meisten Antinationalen ehrenwerterweise gegen die antizionistischen Wahnvorstellungen von der besonderen Perfidie des israelischen Staates richtet.

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

- ___ Flaschen WEINVELTLINER Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt 55,-/45,-
- ___ Flaschen WEINZWEIGELT Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt 55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

- ___ Flaschen WEINCHARDON Chardonnay, trocken, fruchtig 100,-/90,-
- ___ Flaschen WEINRIESLING Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein 95,-/85,-
- ___ Flaschen WEINPINOTNOIR Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein 100,-/90,-
- ___ Flaschen WEINBLAUER Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein 95,-/85,-
- ___ Flaschen WEINSTEFANIE Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner 200,-/190,-
- ___ Flaschen WEINROSE Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser 200,-/190,-
- ___ Flaschen WEINGLÖGER Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung 210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

- ___ Flaschen WEINPLAIMONT Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée 90,-/85,-

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

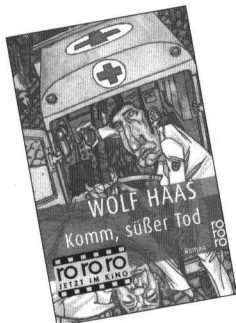
Einzelpreis

- ___ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL 120,-
- ___ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL 120,-
- ___ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück 20,-
- ___ Stück FEUERZEUG Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“ 20,-
- ___ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“ 25,-

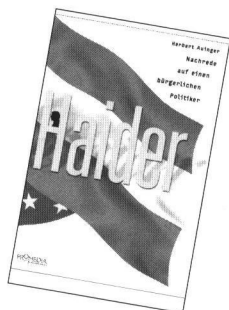
☐ Ich interessiere mich für die Friedenssteuer – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.**
Roman. Rowolth, 223 Seiten.



Herbert Auringer: **Haider –
Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker** Promedia, 240
Seiten

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich:	250,- ATS
Ausland:	350,- ATS
Übersee:	450,- ATS
Förderabo:	700,- ATS



Seit der Nummer 3-4/2000 von **Context XXI** arbeitet auch die **Ökologische Linke (ÖKOLI)** an dieser Zeitschrift mit und hat ihre Zeitschrift **radiX** seit Erscheinen der letzten Nummer im September in **Context XXI** überführt.

Gemeinsam soll eine bessere Zeitschrift entwickelt werden, als die beiden Teile es waren. Als Gruppe bleibt die **ÖKOLI** aber eigenständig aktiv und wird auch weithin mit eigenen Aussendungen, Flugblättern und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Wer Flugblätter, e-mail-Aussendungen,... will oder einfach mit der **ÖKOLI** in Kontakt treten will kann dies unter folgenden Adressen tun:

Ökologische Linke Wien • Schottengasse 3a/1/4/59 • 1010 Wien • e-mail: oekoli_wien@gmx.net • <http://www.oekoli.cjb.net>
Ökologische Linke Vorarlberg • Postfach 73 • 6800 Feldkirch • e-mail: oekoli.vlbg@gmx.li

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**

ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Geissler: **Kamalatta**
 Roman
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg**
 in den Bürgerkrieg

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:



Mit dieser Nummer wird neben der ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung auch die LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) Mitherausgeberin von Context XXI. Die LICRA ist eine NGO, in Frankreich seit 1927 und in Wien seit einigen Monaten aktiv, die sich zum Ziel gesetzt hat, Rassismus und Antisemitismus in all ihren Erscheinungsformen und Auswirkungen zu analysieren und zu bekämpfen.

Mehrere Gründe gibt es für diesen Schritt, als Mitherausgeberin zu fungieren, der in erster Linie ein symbolischer ist, da sich an Inhalt und Struktur des Blattes nichts ändern wird.

Ein Grund ist die Solidarität mit Context XXI und ihrer unabhängigen und offenen Redaktion, die LICRA-Österreich zum Ausdruck bringen möchte. Wie alle alternativen Medien ist auch Context XXI immer kurz vor dem finanziellen Kollaps. LICRA-Österreich ist ein kleiner Kreis von AktivistInnen, mit beschränkten finanziellen Ressourcen, doch wird der Versuch, Context XXI zu erhalten, ein wichtiger Teil der Arbeit dieser Organisation werden. Durch die neue Mitherausgeberschaft soll ein Signal gesetzt werden, daß die Anzahl der HerausgeberInnen sich vermehren kann, vermehren muß. Mehr von diesen heißt nämlich: mehr LeserInnen, mehr Menschen, die an den Diskussionen

von Context XXI teilnehmen; heißt: weniger Kosten für die/den einzelne/n LeserIn und MitherausgeberIn.

Ein zweiter Grund ist der Inhalt von Context XXI. Diese Zeitschrift, samt ihrem Radioprogramm und Internetauftritt, bietet den Raum für Analyse und Kritik, der in der österreichischen Medienlandschaft immer mehr fehlt. Solange noch nichtkommerzielle Medien existieren, sollten sie von so vielen Organisationen und Menschen wie nur möglich unterstützt werden.

Der dritte Grund ist der Versuch zu beweisen, daß ein „Tous ensemble“, ein „Alle miteinander“, wie es auf französischen Demos immer skandiert wird, auch ohne Kompromisse möglich ist, daß jede/r seine Ausdrucksform und Argumente hat, wie sie/er gegen Unmenschlichkeit in der Gesellschaft und sonstwo vorgeht und, daß jede dieser Ausdrucksformen und vor allem jedes Argument eine Öffentlichkeit finden soll, was letztlich eine Zeitschrift wie Context XXI ermöglicht.

LICRA – Österreich. 1., Rockhgassee 1. Wien.

<http://www.repclub.at/licra>

Jour-Fixe jeden 1. Und 3. Montag im Monat
um 19h30 in der Rockhgassee.

Der Ton macht die Musik

Stimmbildung und Sprechtechnik

Lockerungen und Balancefindung, Atem- und Stimmführung, Artikulationstraining, Sprachmelodie, Kreativität und Ausdruck, Tipps und Tricks für jede Sprechsituation.

Kurse, Seminare, Einzelunterricht, auch in französischer Sprache.

Seminartermine: jeweils Fr 17–20h und Sa 11–19h

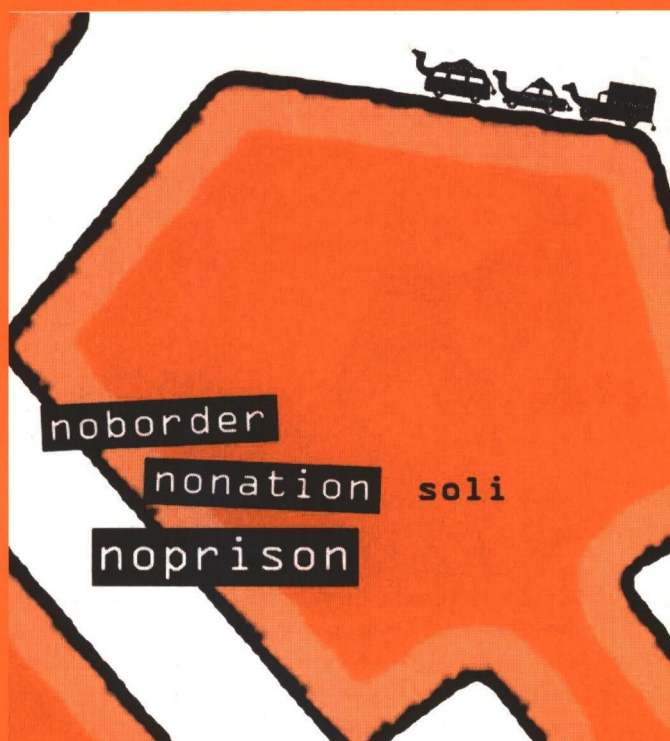
9./10. November: **Stimm-Workshop**,

22./23. November: **Sprechtechnik-Seminar**.

Näheres Informationen: Mag. Monika Heller.

Tel.: 01/407 37 84

E-Mail: monika.heller@reflex.at



VolxTheaterKarawane Solli - Spendenaufruf

Kontonummer: 786 538 43

BLZ: 60.000 (PSK)

Verwendungszweck: „noborder“

www.no-racism.net/nobordertour/

Die Friedenssteuer.

Seit mehreren Jahren unterstützen uns Menschen, die die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung besonders fördern wollen, durch regelmäßige Zahlungen in Art einer Selbstbesteuerung. Hierdurch ist es möglich, die laufend anfallenden Kosten unserer Infrastruktur, die bescheidenen Honorare der MitarbeiterInnen, Miete, Telefon, Porti oder Büromaterial, zu decken. Diese Einnahmen sind für uns kalkulierbar und deshalb die wichtigste und einzige regelmäßige finanzielle Quelle auf die wir bauen und auf die wir uns verlassen können. Diese Unterstützung trägt zur Erhaltung der Kontinuität unserer Arbeit bei.

Wir sind ein politisch und staatlich unabhängiger Verein, dessen großteils ehrenamtliche Mitglieder versuchen, Aufklärungsarbeit zu betreiben, Menschen in Not zu helfen, Mißstände aufzuzeigen und die Bevölkerung zum Nachdenken zu bewegen.

Wenn Sie an einer derartigen Unterstützung Interesse haben, kontaktieren Sie bitte die ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit Wien, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Tel.: 535 91 09.

Durch halbjährlich erscheinende Friedenssteuerberichte, durch den Erhalt von Context XXI und aller anderen Aussendungen werden Sie laufend über unsere Aktivitäten unterrichtet.

Gegen Gewalt und Krieg
Gegen Militär und Waffen
Gegen Rassismus



Für eine
menschenwürdigere Welt

Friedenssteuer